

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 9. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

**Bezugspreis:**  
Hietzfelder 4,50 Mk. monatlich 1,50 Mk.  
frei ins Haus, vorausbezahlt. Einzelne  
Nummern 10 Pf. Goldbezug: Monatlich  
1,50 Mk. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
3,- Pf. für das übrige Ausland  
4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld  
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.  
Postbestellungen nebeneben an Pater-  
markt, Potsdam, Lützenburg, Schweden  
und die Schweiz. Eintragungen in die  
Post-Zustellungs-Verzeichnisse.  
Verlag: K. G. G. G.  
Telegraphen-Nachricht:  
„Sozialdemokrat Vorwärts“.

**Anzeigenpreis:**  
Die hiesigen Anzeigen sind in der Regel  
für 10 Zeilen à 10 Wörtern berechnet.  
Die hiesigen Anzeigen sind in der Regel  
für 10 Zeilen à 10 Wörtern berechnet.  
Die hiesigen Anzeigen sind in der Regel  
für 10 Zeilen à 10 Wörtern berechnet.

# Der Daimler-Skandal.

## Wie Kriegsgewinne gemacht werden. — Debatte im Hauptausschuß.

In unserer gestrigen Ausgabe meldeten wir:  
Stuttgart, 7. März. Zwischen der Heeresverwaltung und der  
Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Unter-  
türkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führten, der  
Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizu-  
ordnen.

Ueber die Gründe dieses auffälligen Vorgehens sind in  
der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses bemerkenswerte  
Aufklärungen gegeben worden.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft besteht seit 1880, ihr  
Sitz ist Stuttgart-Untertürkheim, eine Zweigniederlassung besitzt  
sie in Berlin-Mariensfeld. Ihr Zweck ist die Ausbeutung der  
berühmten von G. Daimler in Cannstadt gemachten  
Petroleum- und Gasmotorenfindung. Sie erzeugt Per-  
sonen-Kraftfahrzeuge, Krankenwagen, Kufwagen, Luftschiff-  
und Flugmotoren (Marke Mercedes).

Dem Vorstand gehören an: Kommerzienrat Ernst Berge,  
Baurat Paul Daimler, Karl Schipper (V.-Mariensfeld), Ernst  
Wolff (V.-Mariensfeld) und Dr. G. Seltzer. Im Aufsichtsrat  
sind u. a.: Baurat V. v. Gontard (Deutsche Waffen-  
und Munitionsfabrik, Berlin), Kommerzienrat Dr. C. Ditten-  
hofer (Ber. Rhein-Rotweilener Pulverfabrik) und Dr. W. Ditten-  
hofer (Rhein-Westf. Sprengstoff-F. B.).

Die Dividenden betragen:

1900	8 Proz.	1915	14 Proz.
1910	10	1914	16
1911	10	1915	28
1912	12	1916	35

Die Aktien des Unternehmens, die i. J. 1911 zu 228  
notierten, erreichten während des Krieges Höhen bis über  
1000. Schließlich sei einem gestrigen Börsenbericht noch  
folgende Mitteilung entnommen: „Unter den Käufers-  
werten gaben die Aktien an Daimler-Motorenwerke im  
Kurso nach.“

Im übrigen betreffen wir für heute auf den folgenden  
Bericht.

Der Hauptausschuß führte am Freitag die Aussprache über  
die Liquidationen in Rumänien zu Ende. Der Antrag Dr. Cohn,  
diese Liquidationen rückgängig zu machen, wurde abgelehnt.

Abg. Piesching (Sp.) berichtet dann über die Verhandlungen des  
Unterausschusses über

**Preisverhöhen, insbesondere in der Automobilindustrie.**

In Amerika kostet das Automobil 5000 M., für das in Deutschland  
12000 M. bezahlt wurden.

Die Daimler-Werke stehen an der Spitze dieser Preisverhöhen.  
Der Direktor dieser Werke hat die Kalkulationsaufstel-  
lungen nachträglich ändern lassen, um die Prüfungskommission  
zu täuschen. Nach der Anzeige eines entlassenen Angestellten hat  
man sogar höhere Löhne angegeben, als bezahlt wurden. Der  
Leiter des Kriegsausschusses ist veranlaßt worden, den ganzen Betrieb  
sofort unter militärische Leitung zu stellen, um wei-  
tere Fälschungen zu verhindern. Die Firma Daimler forderte für  
Motoren jetzt einen Preiszuschlag von 50 Prozent und der Direk-  
tor drohte mit Einstellung der Nacharbeit, falls dieser Preis nicht  
bewilligt werden sollte. Das war die Drohung mit dem Streik.

Einer militärischen Kommission hat der Direktor die Vorlage der  
Bücher verweigert. Der Unterausschuß des Reichstags hat  
dann beschloffen, eine neuerrichtete militärische Kommission den  
Abg. Köhler beizugeben. Diese Kommission verhandelte am  
Dienstag in Stuttgart mit dem württembergischen Kriegsminister  
und mit dem Staatsanwalt. Gegen den Direktor ist ein Straf-  
verfahren eingeleitet. Der Unterausschuß beantragt nun:

Den Reichskanzler zu ersuchen, scheinunglos eine Verordnung  
des Bundesrats zu veranlassen, die den Reichskanzler ermächtigt,  
Einsicht in die Geschäftsbücher der Kriegsindustrie zu nehmen.

Der Antrag ist eine zwingende Notwendigkeit, weil sich viele  
Werke weigern, die Einsicht in ihre Bücher zu gestatten. Die  
Firma Daimler hat vor dem Krieg Probemotoren hergestellt,  
deren Preis natürlich hoch war, aber weil es sich um Probearbeiten  
handelte. Heute sind diese Motoren ein Massenartikel ge-  
worden, trotzdem ist der Preis noch der gleiche, wie für die  
Probemotoren. Die Firma Daimler hat in diesem Artikel deshalb  
geradezu ein Monopol, weil den anderen Fabriken die Erfahrungen  
fehlen. Die Selbstkosten für einen solchen Motor betragen 5000  
Mark, bei 30 Proz. Gewinn stellt sich der Preis auf 7000 M., die  
Firma aber berechnet 15000 M. und daraus will sie jetzt noch 50  
Prozent Zuschlag und droht mit dem Streik, wenn sie das nicht  
bekommt. Bei einer Produktion von 500 Motoren im Monat  
haben die Daimler-Werke schon jetzt einen Gewinn an diesem  
Artikel allein von

48 Millionen Mark im Jahre.

General Schenk: Einer besonderen Verordnung bedarf es  
nicht, denn die Heeresverwaltung hat ja schon Mittel in der Hand,  
um Hare Lustlust zu bekommen.

Gebheimrat v. Simsen vom Reichsjustizamt hat gleichfalls  
den Antrag auf Erlass einer besonderen Verordnung für nicht  
erforderlich. Die Verordnung vom 12. Juni 1917 über die  
Einsicht über wirtschaftliche Verhältnisse sei durchaus aus-

reichend; sie biete auch die Möglichkeit, die Geschäftsbücher ein-  
zusehen. Auch für die Angelegenheit Daimler sei diese Verord-  
nung genügend. Erzwingen lasse sich die Herausgabe der  
Bücher allerdings nur auf gerichtliche Anordnung, und  
auch nur dann, wenn der Verdacht einer strafbaren Hand-  
lung bestehe.

Gebheimrat Dr. Mayer berichtet dann über die Grundsätze für  
die Preisprüfung bei Lieferungen für die Heeresverwaltung. Diese  
Prüfungskommission besteht beim „Bund“ bereits seit Ver-  
leihen dieses Amtes. Die Unkosten der Industrie wurden ermittelt  
und ein Gewinnanteil zugesprochen. Die Feldzeugmeister hat  
schon 1915 eine besondere Stelle für Prüfung der Lieferungsver-  
träge geschaffen. Heute ist mit dieser Aufgabe ein eigenes Ressort  
betraut. Die Prüfung erstreckt sich nicht nur auf die Preise, son-  
dern auch auf die rechtliche Seite der Verträge. Zunächst wird der  
Materialpreis festgestellt, dann die Löhne und diesen werden An-  
kostenzuschläge von 30 bis 600 Prozent zugesprochen. Der Gewinns-  
zuschlag geht nicht über 30 Proz. hinaus. Für die Beurteilung der  
Preise ist bei Firmen wie Daimler die Bilanz maßgebend, bei  
anderen Firmen, die verschiedene Artikel herstellen, ist das jedoch  
nicht möglich. Die hohen Gewinne resultieren weniger aus hohen  
Preisen als vielmehr aus dem großen Umsatz. Die Preisprüfung-  
stelle freilich lehnt von den bereits vereinbarten Preisen monat-  
lich bis zu 50 Millionen Mark ab. Die Industrien haben der  
Nachprüfung fast stets den schärfsten Widerstand entgegengebracht.  
Ein Teil der Firmen weigert sich noch heute, eine Kontrolle zu-  
zulassen.

Abg. Köhler (Soz.):

Es gibt kein Gebiet der Bezahlung bei  
den Kriegslieferungen, auf dem der Fiskus nicht geprellt  
worden ist, oder geprellt werden sollte. Darüber wird im Plenum  
des Reichstags ausführlich zu reden sein. Heute können und nur  
einige Spezialfälle beschreiben. Die Heeresverwaltung hat zu An-  
fang des Krieges geglaubt, durch hohe Preise zur Produktion  
von Kriegsmaterial anzuregen zu müssen, weil ein Teil der  
Kriegsindustrie sich zurückzieht. Damals sind riesige Gewinne  
von einer Anzahl von Unternehmern gemacht worden. Die Pro-  
zente stiegen trotz der Erhöhung der Materialpreise und der  
Löhne weil die Produktion einen immer größeren Umfang annahm.  
Das gilt z. B. von der Herstellung von Automobilen  
und besonders auch von der Erzeugung von Motoren. Die  
Heeresverwaltung mußte selbstverständlich sehr rasch darauf Ver-  
sicht nehmen, die Preise so festzusetzen, daß nur ein normaler  
Gewinn gemacht wurde. Das ist leider nur sehr zögernd geschehen.  
Bei kleineren Lieferanten konnte man eine Kontrolle der Geschungs-  
kosten vornehmen. Zahlreiche große Unternehmungen, darunter  
namentlich auch Krupp, die A. G. und andere

wachten sich nach Kräften gegen eine Nachprüfung ihrer  
Kalkulation.

Sie haben sich höchstens dazu verstanden, gelegentlich unzutref-  
fende Nachweisungen über ihre Produktionskosten zu ge-  
ben. Das Geheimrat Mayer vom Bund über die Arbeiten  
der Vertragsabteilung mitgeteilt hat, läßt darauf schließen, daß  
zum Teil nützliche Arbeit geleistet ist. Zu einem allgemein be-  
friedigenden Zustand sind wir noch lange nicht gelangt.  
Die Berechnungen leiden darunter, daß sie am grünen Tisch  
gemacht werden, wenn auch unter Verwendung von praktischen Er-  
fahrungen. Ob ein Betrieb mehr oder weniger rational arbeitet,  
ist nicht nachzuprüfen. Die Heranziehung von Sachver-  
ständigen wird in manchen Fällen genützt haben, hat aber auch  
dazu geführt, daß jetzt

fast überall direkte oder indirekte Interessenten  
sind. Davon kommen die meisten nicht aus ihrer alten Anschau-  
ung heraus, daß das Profitmachen etwas Lebenswertes ist.

Es gibt kein Gebiet der Kriegsbefahrung, wo nicht die Interessen-  
ten starken Einfluß haben. Ein Wort über die Zuschüsse, die  
in gewaltiger Höhe ganzen Kriegsindustrien bezahlt worden sind.  
Einige Verwaltungen nennen sie verlorenen Zuschüsse. Es ist  
der Verwaltung zum Vorwurf zu machen, daß mit Reichsmitteln  
viele Millionen für Anlagen bezahlt wurden, dessen Bestich sich die  
Unternehmer noch dem Krieg erfreuen können. Es hätte dar-  
auf Bedacht genommen werden müssen, dem Fiskus einen Besit-  
zanteil dauernd zu sichern. Die Preisberechnung für  
Kriegslieferungen braucht in Deutschland dem englischen System  
nicht nachzueifeln zu werden. Wohl aber hätte aus der englischen  
Praxis Vieles gelernt werden können. Die vom Reichs-  
kanzler eingesetzte Kommission für die Nachprüfung von  
Kriegslieferungen hat trotz wiederholter Forderung bis heute noch  
nicht eine Zusammenstellung über die Lieferungsverträge erhalten  
können. In der vom Kanzler berufenen Kommission für die Prü-  
fung von Kriegslieferungsverträgen habe ich fortgesetzt gedrängt,  
daß die Heeresverwaltung eine Kontrolle der Geschungs-  
kosten in den Betrieben selbst erzwingen müsse. Das hat sie  
nicht getan. In unserer Liebererziehung haben wir heute gelehrt,  
daß sie dazu schon längst in der Lage gewesen wäre, da das Reichs-  
justizamt der Ansicht ist, daß auf Grund der Bundesratsverord-  
nung vom 12. Juni 1917 eine Einsichtnahme in die Bücher er-  
zwingen werden könnte. Das ist geradezu unerhört, daß von

diesem Recht nicht Gebrauch gemacht wurde. Ich halte es für  
empfehlenswert, daß der Reichstag trotzdem eine weitere Verord-  
nung fordert, weil es fraglich ist, ob alle Gerichte der Auffassung  
des Justizamtes beitreten werden. Nun zum

**Fall Daimler!**

Die von den Daimler-Motoren-Werken erzielten Profite sind von  
der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuer angesehen  
worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung  
unbegreiflicherweise dauernd Preise bezahlte hat, wie zu der Zeit,  
als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Mo-  
toren hergestellt werden konnten. Es ist richtig, daß eine Nachprü-  
fung der Unkosten der Firma schwer war, weil die Vorlegung von  
Kalkulationsberechnungen verweigert wurde. Die Firma  
postulierte dabei auf den bestehenden Rechtszustand. Es ist geradezu  
unbegreiflich, daß die Militärverwaltung sich

den Daimlerschen Nachschüssen mit einer  
unübersehbaren Gehalts gestift

hat. Sie ist nicht einmal aus ihrer Ruhe gekommen, als die Daim-  
lersche Zeitung trotz ihrer rasenden Profite einen weiteren Preis-  
zuschlag von 50 Prozent forderte. Sondern sie hat deswegen lange  
unterhandelt. Erst die Drohung des Kommerzienrats Berge  
mit Produktionsbeschränkungen hat die Militärverwaltung ver-  
anlaßt, ein Einverständnis zu überlegen. Was Kommerzienrat Berge  
der Heeresverwaltung schrieb, ließ auf die

**Streikdrohung eines Unternehmers hinaus. Wenn  
jemals der Begriff Landesverrat auf Arbeitsver-  
weigerung mit Recht hätte angewendet werden  
können, dann auf die Ankündigung des Herrn  
Berge, daß er die in dem Interesse der Landes-  
verteidigung unbedingt erforderlichen Motoren nicht  
mehr in der bisherigen Zahl liefern wolle.**

Erst als bei Verhandlungen im württembergischen Kriegsmini-  
sterium dem Leiter der Daimler-Werke die in Aussicht genommene  
Militarisierung des Werkes angebrocht wurde, habe er  
sich gefügt und versprochen, keine Einschränkung der Pro-  
duktion vorzunehmen und die Geschäftsbücher vorzulegen. Auf  
die Nachprüfung hatten sich die Herren schon seit geraumer Zeit  
eingelassen, indem sie

planmäßig Kalkulationsaufstellungen fälschen

ließen. Dieser Umstand, der den militärischen Stellen erst bekannt  
wurde, nachdem am vorigen Freitag mit der Zeitung von Daim-  
ler eine Verleumdung erzielt worden war, hat dazu gezwungen,  
weitere Maßnahmen zu ergreifen. Ich habe dafür volles  
Verständnis bei dem württembergischen Kriegsminister und den im  
übrigen in Betracht kommenden Stellen gefunden. Die Ober-  
staatsanwaltschaft wird die Angelegenheit gründlich prü-  
fen, ein Verfahren einleiten, die Bücher nachprüfen lassen, die nun  
wohl beschlagnahmt sind. Zweifellos liegt Betrugsvorwurf und voll-  
endeter Kriegswucher vor. Ob bei einem gerichtlichen Verfahren  
sehr viel herauskommen wird, ist allerdings zweifelhaft, nach-  
dem vor einigen Tagen das Wiesbadener Gericht in der Stan-  
dalaffäre Philipp die Freisprechung einer An-  
zahl Angeklagter verkündet hat. Bei den Stuttgarter Ver-  
sprachungen mit Vertretern des Kriegsministeriums und des Ge-  
neralkommandos war zu erwägen, in welcher Form eine Kon-  
trolle über den Daimlerschen Betrieb zu erreichen  
war. Eine Militarisierung wie aus Anlaß von Streik kommt nicht  
in Betracht, weil eine solche Maßregel die Arbeiterschaft  
mit betroffen hätte, die aber jetzt ganz außer Betracht zu  
lassen ist. Es kann also nur eine militärische Oberaufsicht in Frage  
kommen, bei der den in dem Betrieb abkommandierten Offizieren  
auch Befehlsgewalt gegenüber der Geschäfts-  
leitung zugestanden wird. Der Daimlersche Vorgang stellt sich  
als eine geradezu unerhörte Erscheinung dar.

Es wäre aber total verkehrt, anzunehmen, daß er nur  
eine Ausnahme darstelle und daß Ähnliches sich kaum noch  
einmal wiederholen werde.

Sehr zahlreiche andere Unternehmungen haben die Situation nicht  
weniger strukturell aus. Dem darf unter keinen Umständen länger  
zugesehen werden. Es muß rücksichtslos durchgegriffen werden. Will  
120 Milliarden Mark Schulden ist das Reich belastet. Dagegen hat  
sich ein Teil der deutschen Industrie mit Gold im wahren Sinne  
des Wortes vollgelesen. Durch die Annahme des Antrages des  
Unterausschusses muß erreicht werden, daß in Zukunft weitgehende  
Kontrolle der Kriegslieferungen ermöglicht wird, damit die Kriegs-  
gewinne auf ein Maß herabgedrückt werden, das vor dem Volk  
einigermaßen verträglich werden kann.

General Canavese gibt zu, daß man durch hohe Preise die  
Produktion anregt hat. Anders hätte man den hohen  
Gewinnbedarf nicht decken. Es müßten auch solche Ge-  
winnen hergestellt werden, die man früher gar nicht im Gebrauch  
hatte. Die Militärverwaltung hat diese Preise aber stets fort-

trouffert. Die „Bumba“ hat auch von großen Fabriken unterlagert erhalten. Es war nur eine Minderheit, die das verweigerte. Die U.S.G. insbesondere treffe ein solcher Vorwurf nicht. Man dürfe nicht vergessen, daß die Anforderungen an Waffen und Munition ganz plötzlich ins Angeheuer gestiegen sind. Mit den aus der Industrie bezogenen Wertetoren habe man im Allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Von verlorenen Zuschüssen könne man in dem Umfang nicht sprechen, als wie der Vorkäufer das getan hat. Viele der Maschinen, die angekauft wurden, stehen nach dem Kräfte der Deeresverwaltung zur Verfügung, abgesehen, daß von den bewilligten Zuschüssen ein Teil wieder in die Reichskasse zurückfließen wird. In der rationalen Waffenherstellung stand Deutschland vor dem Kräfte zweifellos nicht an der Spitze. Heute aber sind diese Mängel ausgeglichen.

Oberst Schmann bezieht zunächst das Beschaffungswesen. Er behauptet, daß sich eine Kommission des Reichstags mit den Motorpreisen, die damals 11 500 M. betrugen, einverstanden erklärt habe. Die Preise sind dann nur 10 Proz. herabgesetzt worden. Die Daimler-Werke verlangten 1915 diese 10 Proz. wieder. Man mußte sich fügen, nachdem eine Kommission festgestellt hatte, daß die Kosten um 31 Proz. gestiegen waren. Daimler hat dann mit großen Kosten einen stärkeren Motor gebaut. Dafür wurden 14 850 M. bezahlt. Als die großen Gewinne der Daimler-Werke bekannt wurden, forderte man Aufklärung, die dazu führte, daß die Daimler-Werke Preisermäßigung forderten! 1916 legte die Firma eine Auflistung vor, die eine Preisermäßigung beechtigt erscheinen ließ. Dann forderte Daimler 50 Proz. Zuschlag, der abgelehnt wurde. Die bei Ange gefachte Beschlagsnahme ließ sich nicht durchführen, besonders nachdem Daimler nachgewiesen hatte, daß nur 10 Proz. verdient werden. Eine nachkommende Firma konnte denselben Motor nicht unter 21 000 M. liefern. Eine Durchscheidung des Komplexes wäre demnach für das Reich nicht von Vorteil gewesen. Als die Firma jetzt mit Produktionsbeschränkung drohte, ist sofort in der schärfsten Weise eingegriffen worden.

Hr. Dr. Stör (natl.): Die militärischen Stellen können von dem Reich nicht freigesprochen werden, daß sie sich haben hinter das Licht führen lassen. Ganz offenbar habe ihnen auch das geringste kaufmännische Verständnis gefehlt, sonst hätten sie auf die Behauptung nicht hereinfallen können, daß die Firma nur 10 Proz. verdiene, denn in Wirklichkeit sind

auf die Selbstkosten 175 Proz. aufgeschlagen

worden. Wäre die kaufmännischen Berater hätten das finden müssen. Die Höhe der Dividenden und die Kurssteigerung der Daimler-Werke hätten sofort zeigen müssen, daß entweder die vorgelegten Berechnungen oder die Bilanzen falsch waren. Die Firma mußte ihr Kapital von 8 auf 32 Millionen Mark erhöhen, um den Gewinn auch nur einigermaßen zu verschleiern. Das alles ist der Militärverwaltung nicht aufgefallen! Gerade daraus aber hätte man schließen müssen, daß die Selbstkostenberechnungen unbedingt falsch sein müssen. Geradezu erschütternd sei es, daß die Daimler-Werke es wagen durften, solche Berechnungen vorzulegen. Das Reich ist nicht nur betrogen, sondern auch

um ungeheure Summen getrollt worden. Im Falle muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Preisprüfungsstellen der militärischen Verwaltung ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Nur schleunige, scharfe Kontrolle kann berichtigend wirken.

Hr. Dr. Hege (Z.) betont, daß die vom Oberst Schmann erwähnte Reichstagskommission eine feste Kommission war, die überhaupt nichts zu beschließen hatte. Soffentlich hätte man mit den Daimler-Werken nicht etwa einen für die Werke sehr billigen Vergleich, wie man das im Falle der Daimler-Werke bereits getan hat. Unsere Gesetze werden aber nicht aus wie die Preisrechnung in dem genau so finken, wie die Militärverwaltung in Wiesbaden angeht hat. Diese Punkte im Gesetz zu klären, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Hr. Dr. Hege: Sie geht es mit der

Hr. Dr. Hege des Kammerherren v. Behr-Pinnow, der dem Reichstag vorgelesen und der genau so saule Sachen gemacht hat. In dem Fall der Daimler-Werke ist eine able Erreichte ausgeschlossen worden. Der Reichstag hat die Unterlassung befohlen, daß nicht eine aechliche Grundlage geschaffen wurde, um dieferen Erwerb einen Riegel vorzulegen. Weder erwähnt einen Fall, in dem man einen Betrag von 100 000 M. forderte, sich aber dann mit 5000 M. zufrieden gab. Diese 5000 M. sind dann einem ganz unbedeutenden Verein überwiesen worden.

General Gouette schildert den letzten Fall. Es sind gelieferte Granaten

geliefert worden. Die Triebfeder war die Gewinnsucht. Arbeiter und Arbeiter nicht merken lassen, daß viel in Aussicht vorhanden war, sie haben dann die Granaten geliefert. Die festlichen Schäden ist das haltbar. Alle Einwirkungen auf die Fabriken waren nutzlos. In einzelnen Fällen sind Verurteilungen erfolgt. In anderen Fällen hatte man versucht, die Verurteilungen zurückzuführen zu machen. Nun erschienen eine Anzahl Fabrikanten und boten Summen an, um zu beweisen, daß sie den Staat nicht betrügen wollten. Der Referent, ein Hauptmann, hat dann diese Summe einem Verein überwiesen, an dessen Spitze er selber stand. Der Hauptmann ist sofort von seiner Stelle entsetzt worden.

Oberst Schmann: Daimler hat noch Aufträge von 100 Millionen Mark, wie werden sorgen, daß das Reich wieder zu seinem Geld kommt.

Hr. Dr. Hege: Die Geduld des Kriegsministeriums mit der Firma Daimler ist erschütternd. Mit Offizieren und Soldaten hat man nicht so viel Geduld. Andererseits kämpfte das Kriegsministerium um Unterlagen und dann betont es folgende! Die Firma hat die militärische Kommission in handloser Weise eingeschleift. Wie steht es mit dem Kammerherren v. Behr-Pinnow. Der Herr hat in kurzer Zeit 4 Millionen Mark verdient. Das Kriegsministerium kennt das Material, hat aber noch nicht einmal geantwortet. Hier muß der Reichstag schnell und kraft eingreifen. General Gouette hat kurz vor seinem Abgang

eine Denkschrift über das schwindelhafteste Lieferungsweesen

verfaßt. Das soll mit zu seinem Abgang beitragen haben. Warum wird diese Denkschrift nicht vorgelegt, die offenbar sehr interessantes Material enthält. Wir müssen verlangen, daß die Kriegsbetriebe streng und dauernd überwacht werden. Erst nach Jahren die Bücher prüfen wollen, hat gar keinen Zweck. Wenn das Reich wieder reichlich ausgebeutet wird, dann müssen diese Betriebe militärisiert werden. Ihr Gewinn muß dann auf höchstens 5 Proz. beschränkt werden, das kann dem Bucher einen Riegel vorzulegen. Dann soll man die Preisprüfungsstelle der „Bumba“ wieder ausbauen. Wenn diese Stelle schon jetzt monatlich 50 Millionen abschleift, dann wird dies dafür, daß die Angebots sich in wichtigen Grenzen halten. Deshalb sollte jede Vergebungsstelle sich einen solchen Ausschuss schaffen. Dafür zu sorgen, ist eine Aufgabe des Kriegsausschusses. Anders werden wir mit diesem handlosen Zustand nicht fertig. In jedem Monat muß ein Wasser-Messet geschaffen werden, man wird hierzu genug sachkundige Leute finden. Das System der Buchen ist nicht erträglich, aber es mag angegeben werden, daß man dieses System jetzt nicht einführen kann. Das Geld muß aber dem Fonds angefügt werden, aus dem die Zuschüsse zu den Renten und die Unterhaltungen bezahlt werden. Damit läßt sich dann in vielen Fällen helfen eingreifen. Ein Daimler-Stand al muß für die Zukunft unmöglich sein.

General Gouette erklärt, die Prüfungen finden durch aus noch kaufmännischen Grundfällen.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen und werden am kommenden fortgesetzt.

## Französischer Artillerieeifer an der lothringischen Front — Luftangriff auf London.

Amlic. Großes Hauptquartier, 8. März 1918. (B. Z. 2.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merles 30 Belgier, nordöstlich von Feschevert 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

#### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuville (östlich von Verru an Vac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtsfähigkeit auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem westlichen Kanaler vorübergehend steigerte.

#### Seeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Sella und Plaine rege Tätigkeit.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 8. März 1918, abends. Amlic.

London und Sherneß wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Gute Wirkung war zu beobachten. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 8. März 1918. Amlic wird verlautbart:

Nichts Besonderes zu melden. Der Chef des Generalstabes,

Sofia, 7. März. Amlicher Seeresbericht vom 6. März.

Mazedonische Front: Westlich von Bitolia bei Pratinol rückten gestern während der Nacht französische Infanterieabteilungen nach längerer Feuerdorbereitung gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden von unserem Speerfeuer empfangen und gezwungen, in ihre Gräben zurückzukehren. Westlich des Bardar versuchten nach heftigem Feuer mehrere griechische Abteilungen sich unseren Posten zu nähern, wurden aber durch unser Feuer vertrieben. In der Ebene von Serres, westlich von Koriva, zerstreuten unsere Posten eine verstärkte englische Patrouille.

Dobrudscha-Front: Waffenstillstand.

### Der Sieg des Ministeriums Seidler.

#### Annahme des Budgetprovisoriums.

Das vielumkämpfte österreichische Budgetprovisorium ist am Donnerstag mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Vor Abstimmung über das Budgetprovisorium gab der Obmann des Polenklubs Graf Habermayr die Erklärung ab, daß die Polen zum Zeichen des Protestes gegen die von ihnen bekämpfte Politik, wodurch die Gebühre und Lebensinteressen des polnischen Volkes verletzt würden, der österreichischen Regierung für das Budgetprovisorium ihre Stimme verweigern, daß sie jedoch der ihnen an Allerhöchster Stelle zuteil gewordenen Zusicherung vertrauen, daß die ihnen angewogene Politik des Kaisers Franz Joseph in Kraft trete und weiterhin beibehalten werden wird. Die Polen werden, um von der Bevölkerung die mit der Ausschaltung des Parlamentes verbundene Gefahr eines Gewaltregimes abzuwenden, sich von der Abstimmung fernhalten.

Es erfolgte dann die Abstimmung. § 1, enthaltend die allgemeine Ermächtigung für Ausgaben und Einnahmen, wurde mit 240 gegen 121 Stimmen angenommen. Hierfür stimmten auch die deutschen Sozialdemokraten und die Ukrainer, dagegen stimmten Litauern, Südslawen und polnische Sozialdemokraten.

§ 2, enthaltend Kriegsausgaben, wurde mit 203 gegen 191 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten neben den früher genannten Abgeordneten auch die deutschen Sozialdemokraten.

§ 3 betreffend 6 Milliarden Kriegskredite wurde in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 165 Stimmen angenommen.

Die überraschende Wendung ist durch zwei Umstände hervorgerufen worden. Der Kaiser hatte die Polen empfangen und ihnen beruhigende Zusicherungen gemacht, über die sich die Berliner albenische Presse beunruhigt zeigt. Und die deutschen Sozialdemokraten hatten beschlossen, für das Budgetprovisorium zu stimmen, so daß die Polen nicht mehr in der Lage waren, einen ablehnenden Beschluß des Hauses zuzuführen. Nach dieser Rettungslinie konnten die deutschen Sozialdemokraten ruhig gegen die Kriegskredite stimmen, für die nunmehr infolge ihrer eigenen Taktik eine sichere Mehrheit da war.

Die polnischen Sozialdemokraten stimmten im Gegensatz zu den deutschen gegen das Budgetprovisorium. Sie sind mit der Stimmenthaltung ihrer Landsleute sehr unzufrieden und traten deshalb aus dem Polenklub aus.

### Die Sowjets über den Friedensvertrag.

Der Exekutivauschuss des Petersburger Sowjets hat über den Friedensvertrag mit den Vierverhandlungsmächten Entscheidung gefaßt. Nach einem Petersburger Reuters Telegramm des „Lokal-Anzeiger“ genehmigt der Ausschuss den Vertrag mit großer Mehrheit, und er beauftragte seine nach Moskau gehenden Mitglieder, auf dem dortigen Kongress den Vertrag zu genehmigen.

Weiter wird gemeldet, daß Krylenko als Oberstkommandierender wegen Streitigkeiten mit dem Volkskommissar zurückgetreten ist. Nach den „Neuen Zürcher Nachrichten“ gibt der „L.-M.“ die Habermayr-Meldung wieder, ein Tagesbefehl Krylenkos ordne die Einstellung der Feindseligkeiten der gesamten russischen Armee an. Zugleich wird die Bildung eines obersten militärischen Rates für die Oberleitung der Landesverteidigung gemeldet und die Bewaffnung des gesamten russischen Volkes angeordnet.

Eine Bestätigung der Meldung von Lenin's Rücktritt liegt nicht vor.

## Der deutsche Vertrag mit Finnland.

Der Wortlaut des zwischen Deutschland und Finnland — d. h. mit der weißen Regierung Finnlands — abgeschlossenen Friedensvertrages ist gestern veröffentlicht worden. Er umfaßt 32 Artikel, deren hauptsächlichsten Inhalt wir gestern mitteilten. Das erste Kapitel hat die Ueberschrift: „Verpflichtung der Freundschaft zwischen Deutschland und Finnland und Sicherung der Selbstständigkeit Finnlands“.

Der erste Artikel lautet: „Die vertragsschließenden Teile erklären, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß sie entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Selbststandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht ein Serbitut an seinem Hoheitsrechte einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.“

Die Aalandfrage betrifft Artikel 30: „Die vertragsschließenden Teile sind darüber einig, daß die auf den Aaland-Inseln angelegten Befestigungen sobald als möglich zu entfernen und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln, wie ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht durch ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu regeln sind; hierzu werden auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein.“

Diese beiden Artikel stehen im Brennpunkt von Ereignissen, die jetzt einer Lösung zugeführt werden.

## Die Lage in Finnland.

### Die sozialistische Vermittlungsexkursion — Die Aaland-Frage

Wie der Stockholmer „Socialdemocraten“ aus Helsingfors erzählt, hat am Montag eine Beratung zwischen den finnischen Revolutionskommissaren, darunter Tanner und Sirala, und schwedischen Sozialdemokraten sowie einem dänischen Sozialdemokraten über den Vermittlungsvorschlag stattgefunden. Bei Eröffnung der Sitzung erhielt Tanner ein Telegramm, daß sich die Deutschen Aaland näherten. Die Mitteilung rief eine starke Bewegung hervor. Nach einer Mitteilung aus Wasa beschloß der finnische Senat, die Aalandinseln zu einem selbständigen Bezirk innerhalb der finnischen Republik unter einem Landhövding zu machen. Laut „Politiken“ hat die revolutionäre Regierung in Helsingfors gegen die Befestigung der Aalandinseln durch Schweden protestiert, da es sich hierbei um finnisches Gebiet handle.

Wie „Politiken“ berichtet, hat durch den Vertrag, der zwischen den Revolutionsregierungen in Petersburg und Helsingfors abgeschlossen wurde, Rußland an Finnland nördliche Gebiete abgetreten, so daß letzteres das Eismeer erreicht. Finnland hat einen kleineren Strandstreifen mit den Batterien am Einlaß nach Petersburg an Rußland abgetreten.

Stockholm, 7. März. (Meldung des Svenska Telegrammbüros.) Die Privatmeldung mehrerer Blätter, daß Björnberg von der Weichen Garde eingekommen wurde, ist nicht bestätigt. Nach einer heutigen Drahtung ist die Lage in Björnberg unverändert und die Roten beherrschen noch die Stadt.

## Die japanische Intervention

London, 7. März. (Reutersmeldung.) „Daily Mail“ erfährt von maßgebender Seite, daß die endgültige Vereinbarung über die Intervention Japans in Sibirien jetzt grundsätzlich entschieden, aber so lange aufgeschoben ist, bis der Bericht des britischen Vatschafters eintrifft, der den Auftrag bekommen hat, sich von der japanischen Regierung über die folgenden zwei Punkte Gewissheit zu verschaffen:

### 1. Ueber welche Strecke der transsibirischen Eisenbahn will Japan seine militärischen Schutz- und Polizeimaßnahmen ausdehnen?

### 2. Wird China Japan unterstützen, und in welchem Umfang?

Stockholm, 8. März. Nachrichten aus Charbin zufolge sind in verschiedenen Häfen Chinas amerikanische Transportschiffe eingelaufen, die zur Beförderung sibirischer Soldaten nach Wladiwostok bestimmt sind. Sämtliche früher in Archangelsk und Wladiwostok liegenden Schiffe der Entente sollen zur Beförderung der Truppen und des Materials für Japan und China dienen. Die „Browds“, die diese Nachricht bringt, will mit Bestimmtheit wissen, daß Japan gegen große ihnen zuerkannte Konzessionen den Feldzug in Rußland übernehmen wird. Zu einem Eingreifen hierüber sei es schon im August gekommen, als Baron Ishi in Washington weilte.

## Die Flamenpolitik der deutschen Regierung.

Der sog. „Rat von Flandern“, diese dem Programm der flämischen Autonomie dienende Körperschaft, hat sich durch Wahlen, die er geordert hatte, auf eine festere, sozusagen volksoffizielle Grundlage stellen lassen. Er war zurückgetreten, ist nun auf Grund der Wahlen neugebildet worden und hat dem deutschen Generalgouverneur in Belgien dieser Tage seine Bevollmächtigten zugesandt. Bei diesem Empfang hat Generaloberst v. Falkenhayn gesagt:

Im Einkommen mit der Reichsleitung kann ich Sie versichern, daß der Reichsminister und ich nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichsministers von Bethmann-Hollweg vom 8. März 1917 stehen, der seinerzeit Ihrer Abordnung versichert hat: „Das Deutsche Reich wird bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Stammes zu fördern und sicherzustellen.“ Im Erfolg der Erklärungen des Reichsministers vom 3. März 1917 ist die Verwaltungstrennung durchgeführt worden mit dem klaren politischen Ziele, dem flämischen Volke zu einer Selbstständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner ruhmvollen Geschichte entspricht. So wie es vor dem Kräfte um die flämische Sache in Belgien bestellt war, darf es nicht wieder werden.

Der Generalgouverneur widmete den Bestrebungen zur „Ausrichtung eines freien, von welchem Druck befreiten, wahrhaft verstandenen Flanderns“ anspornenden Zuspruch und sagte

## Quittung.

Vom 16. bis 28. Februar gingen zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit nachfolgende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

- Bez. Oberelbien a Konto Listenammlung 188.—; A. P. Janow (Rom.) 1,50; \* 2.—; \* 25.—; Genossen in Mühlhausen i. E. durch G. 30.—; \* 3.—; Bez. Gr.-Berlin a Konto Listenammlung 484,10; \* 8.—; \* 14,50; \* 1.—; \* 80.—; \* 11,50; \* 31.—; Berl.-K. Aussch. ein. Krupp'schen Arbeiterheims durch D. 25.—; \* 8.—; \* 14.—; Deutsch. Arbeiter i. d. Türkei (Zeitl.-Grupe) 228.—; \* 5.—; Gel. i. d. Dreierlei des Luftschiffbau-Gezellsch. Staalens durch A. 9.—; \* 8.—; \* 20.—; \* 8.—; \* 15.—; Bez. Gr.-Berlin a Konto Listenammlung 501,50; Bez. Kassel a Konto Listenammlung 200.—; Dr. R. Bögel 100.—; \* 18,20; \* 3.—; Bez. Pommern a Konto Listenammlung 400.—; Bez. Hessen a Konto Listenammlung 70,20; Bez. Nordwest (Kr. Gorburg) a Konto Listenammlung 1000.—; Bez. Hannover a Konto Listenammlung 1258,85; Frau Sp. Spandau 1.—; Landesorganisation Baden, freit. Beiträge 2000.—; S. J.-Berlin 10.—; \* 75,50; \* 7,50; \* 18.—; Bez. Ostpreußen a Konto Listenammlung 154.—; Bez. Pflanz, freit. Beitrag 100.—; L. Charlottenburg 200.—; \* 46; S.-Berlin —,50; \* 5.—; S.-Berlin 2.—; \* —,50; S.-Berlin-Tempelhof 5.—; Bez. Oberelbien a Konto Listenammlung 400.—; Bez. Magdeburg a Konto Listenammlung 1076,33; \* 20.—; \* 45.—.

Berlin, den 4. März 1918.

### Der Parteivorstand.

Die mit \* versehenen Beträge können wir aus bestimmten Gründen nicht näher bezeichnen.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postcheckkonto Nr. 7918 für Bartels, F. Ebert, D. Braun beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.

## Die Ausschussberatung der Wahlrechtsvorlage.

### Verhandlung des Verfassungswerks — Wahlpflicht.

Die Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses ist in ihrer Sitzung vom Freitag ihrem Grundsatz freu geblieben, sie hat den Entwurf mit weiteren Erwägungen bedacht. Ganz abgesehen davon, daß sie die Wahlpflicht eingeführt hat, ohne gleichzeitig dem Verlangen des Vertreters der Sozialdemokratie Folge zu leisten und auch die Sonntags- und Feiertagsruhe festzusetzen, hat sie bei der Beratung des dritten Entwurfs, der die Befugnisse des Herrenhauses erweitern will, das ohnehin nicht besonders große Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, also das höchste Recht eines Parlaments, erheblich eingeschränkt. Ja, wenn es nach dem Willen des Zentrums gegangen wäre, hätte sie der Regierung noch mehr gegeben, als sie verlangte. Was ein Parlament zu tun hat, das auf die Wahrung seiner Rechte etwas hält, das zeigt der sozialdemokratische Antrag auf Erweiterung der Befugnisse des Abgeordnetenhauses nach dem Muster der englischen Verfassung. Ist auch über diesen Antrag noch keine Entscheidung gefällt, so ist sein Schicksal doch besiegelt, da sich nur die Fortschrittler mit seiner Tendenz einverstanden erklärten.

Wohin die Reise geht, ersieht man aus den Anträgen des Zentrums, die noch zu beraten sind. Der konfessionelle Charakter der Volksschule soll in der Verfassung festgelegt und gleichzeitig bestimmt werden, daß zu Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Das soll das Gegengewicht gegen eine „radikale Zweite Kammer“ sein. Es bleibt abzuwarten, ob die Konservativen diesen Anträgen zustimmen oder ob sie sie aus taktischen Gründen ablehnen werden, um einen Teil des Zentrums den Gesdmac an gleichen Wahlrecht zu verfeinern.

Ende nächster Woche hofft man mit der ersten Lesung in der Kommission fertig zu sein, mit der zweiten Lesung will man sich bis nach Ostern Zeit lassen. Das Volk kann warten.

Dem heute wieder zusammengetretenen Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses legte der Unter Ausschuss folgenden Wahlpflichtentwurf vor:

§ 31: Jeder Wähler ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Zur Reichsausübung des Wahlrechts bedürftigen: erstere Krankheit, unauflösbare und wichtige Geschäfte, sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billigen Ermessen des Wahlkommissars eine gütliche Entschuldigung begründen. Wer ohne einen der vorbenannten Entschuldigungsgründe es unterläßt, sein Stimmrecht auszuüben, hat eine Ordnungstrafe in Höhe eines Viertels des Jahresbetrags der von ihm zu entrichtenden Staatseinkommensteuer, mindestens aber 3 M. zu zahlen. Die Ordnungstrafe steht in die Staatskasse. Sie wird mit der Staatseinkommensteuer eingezogen. Die Befreiung der Strafe steht dem Wahlkommissar zu. Gegen die Befreiung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt, welcher endgültig entscheidet. Die Antragsteller haben auf Ersuchen bei der Beweiserhebung Rechtswahl zu leisten. Die durch die Beweiserhebung entstehenden Kosten sind im Falle der Verurteilung dem Wahlberechtigten aufzuerlegen.

Ein Fortschrittler meint, K. freier ein Wahlrecht, desto weniger seien solche Mittel notwendig. Voraussetzung für die Einführung der Wahlpflicht sei, den Sonntag als Wahltag festzusetzen. Die Vorschriften über die Entschuldigungsgründe seien in wenig klar, daß die Entscheidung immer beim Wahlkommissar liegt. Die Volkspartei stimmt gegen den Antrag. — Ein Zentrumsmitglied ordnet an, daß seine Freunde für den Antrag stimmen werden, endgültige Stellung im Plenum vorbehalten. — Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Parteigenossen in erster Lesung für die Wahlpflicht stimmen werden. — Der Sozialdemokrat verlangt als Voraussetzung für die Wahlpflicht die Sonntagswahl und gesetzliche Verpflichtung des Arbeitgebers, seinen Angestellten die zur Ausübung der Wahl erforderliche Zeit zu gewähren. — Der Vize spricht im Sinne der letzteren Forderung, lehnt aber die Sonntagswahl ab.

Minister des Innern Dr. Drews: Man könnte den Versuch machen. — Ein Konservativer spricht sich gegen die Befreiung einer Höchstzahl aus. Hierdurch würden die Wohlhabenden bevorzugt. — Ein Freikonservativer erklärt, in der ersten Lesung für den Antrag zu stimmen, ohne seine Partei festzusetzen. Die Sonntagswahl bekämpft er.

Nachdem noch ein Nationalliberaler die Sonntagswahl abgelehnt hat, wurde der Antrag des Ausschusses gegen die Stimmen der Fortschrittler, der Sozialdemokraten und Polen angenommen und der Zentrumsantrag auf Befreiung einer Höchstzahl abgelehnt.

Zur Frage der Einführung ständiger Wählerlisten wurde folgender § 3a eingefügt, dem die Regierung zustimmte:

„Die zur Aufstellung der Wählerlisten erforderlichen Unterlagen sind von den Gemeinden zu sammeln und auf dem Landtagen zu erhalten. Binnen zehn Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlschreibens sollen die Wählerlisten fertiggestellt sein.“

Der Unter Ausschuss hatte den nationalliberalen Antrag abgelehnt, daß Kriegsschädigte Wähler, welche infolge ihrer Verletzungen in der Bewegungsfreiheit behindert sind, von der Gemeinde auf deren Kosten in das Wahllokal zu überführen sind. Im Ausschuss zogen die Nationalliberalen den Antrag zurück, behielten sich aber seine Wiedereinbringung in der zweiten Lesung vor.

Mit den weiteren ihm überwiesenen Angelegenheiten, insbesondere dem Verhältniswahlsystem, ist der Unter Ausschuss noch nicht zu Ende. Es wird nun die Beratung der Wahlrechtsvorlage abgebrochen und der Ausschuss beginnt mit der

### ersten Lesung der dritten Verfassungsvorlage, des sogenannten Kompetenzgesetzes.

Die hierzu von der Regierung gemachten Vorschläge sind bereits bekanntgegeben.

Finanzminister Dr. Hergt: Die einzelnen Vorschläge der Regierung stehen im engsten Zusammenhang miteinander. Das in seiner Zusammenfassung veränderte Herrenhaus muß mehr Recht erhalten. Durch die Aenderung seiner Zusammenfassung werden die verschiedenen Berufsstände im Herrenhaus vertreten und dieser Kräftezuwachs soll der Staatsberatung nutzbar gemacht werden. Dazu muß das Herrenhaus aber auch eine erweiterte Zuständigkeit erhalten. Die Einrichtung des Untersuchungsausschusses besteht bereits im weiteren Umfange als jetzt für Preußen vorgesehen wird, in Baden, Hessen und Württemberg. — Ein Zentrumsdreher stimmt dem Grundgedanken zu, hält aber die von seiner Partei beantragte Ausdehnung für zweckmäßiger. — Ein Fortschrittler wendet sich gegen eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses, das auch ein Entwicklungshindernis werden könne. Der Zentrumsantrag geht sogar noch weiter und will ein Recht des Abgeordnetenhauses bestehen lassen. Wenn der Etat nicht rechtzeitig abschließt, könnte immer ein Notgesetz erlassen werden.

Finanzminister Dr. Hergt: Wenn das Verhältnis der Faktoren der Gesetzgebung zueinander bestehen bleiben sollte, so könne der Landtag nicht das Recht erhalten ohne weiteres einzelne Staatspositionen zu erhöhen. Ein Fortschrittler: Das Parlament darf sich nicht freiwillig ein Druckmittel gegenüber der Regierung nehmen lassen. Der Sozialdemokrat begründet einen Antrag:

Artikel 62 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 Abs. 2 erhält folgenden Zusatz: Ist jedoch ein Gesetzentwurf in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Abgeordnetenhauses angenommen, dem Herrenhaus aber abgelehnt oder nicht zur Beratung gestellt worden, so wird er dem Könige ohne Rücksicht auf das Herrenhaus zur Genehmigung vorgelegt und gilt, wenn er die Genehmigung des Königs erhalten hat, als rechtsverbindliches Gesetz.“

\* Konservativen und nationalliberale Redner erklären sich gegen diesen Antrag, ein Volksparteiler billigt die Tendenz. — Zur Abstimmung kam es noch nicht, die Weiterberatung wurde auf Sonnabend vertagt.

## Groß-Berlin

### Die Mietssteigerungsschraube.

Neubauer und Treptower Hausbesitzer haben ihren Mietern bereits die vom 1. Oktober 1918 und sogar vom 1. April 1919 ab zu zahlenden Mietssteigerungssätze mitgeteilt, obwohl die gleichen Mieter, darunter viele während des Krieges am dritten Male, erst im Dezember 1917 gesteuert worden sind. Es scheint sich also hierbei um ein zielbewusstes Vorgehen, wie das kürzlich Kommerzienrat Haberland andeutete, zu handeln. Die Mieter müssen zu allem ja und amen sagen, weil sie die Wohnung nicht wechseln können und dabei auch nur aus dem Regen in die Traufe können. Verdröhltes Eingreifen sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Weil die Hausbesitzer wohl mit solchem Eingreifen rechnen, sichern sie sich schon weit im voraus durch neue Mietsverträge. Die Gehälter und Löhne werden nach dem Kriege schnell sinken, aber die erhöhten Mieten bleiben, sind an Vertrag und Wohnungsnot gebunden.

### Ausgabe der Vollmilchkarten für Groß-Berlin.

Die Vollmilchkarten für April kommen in den zur Feststelle Groß-Berlin (Milk) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Aprilkarten bis zum 20. März einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen.

Die zu verabsolgende Rationmenge ist nur noch auf den Krankenkarten und nicht mehr auf den Kinderkarten aufgedruckt. Welche Vollmilkmengen auf die Kinderkarten im April verabsolgt werden wird, wird später noch besonders bekanntgemacht werden. Den Kindern bis zum ersten Lebensjahre, deren Karten mit einem roten Kreis und mit dem Buchstaben A gekennzeichnet sind, ist ein Vorrangrecht bei der Anmeldung derart eingeräumt, daß bis zum 17. März einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldezeit haben sich die übrigen Milchberechtigten in der Zeit vom 18. bis zum 20. März anzumelden. Die Milchhändler haben die Abschnitte bis zum 24. März bei der Feststelle Groß-Berlin (Milk), Poststraße 6, Abteilung Kleinhändler, abzuliefern. Die Milchkarten dürfen von den Händlern nicht in Gewerbetrieben genommen werden, sondern verbleiben in Händen der Bezugsberechtigten, und sind täglich vorzulegen.

In Berlin sind die Vollmilchkarten von heute bis Mittwoch, den 13. März einschließlich, von den Volkskommissionen abzuholen. Die Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugeführt.

### Magermilch für Kinder.

Die Feststelle wird voraussichtlich in der Lage sein, an sämtliche Kinder Groß-Berlins, welche in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1912 geboren sind, wöchentlich 1 Liter Mager- oder Buttermilch bezirksweise auszugeben. Der Milchhändler hat auf jeder ihm vorgelegten Magermilchkarte zu vermerken, zu welchem Bezirk der Kunde gehört, und an welchen Wochentagen er Magermilch erhält.

In Berlin sind die Magermilchkarten in der Zeit vom 9. März bis spätestens 18. März von den Volkskommissionen abzuholen. Das Alter des für den Magermilchbesitz in Betracht kommenden Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

Schlechtestes Brot. Seit Wochen wird aus den verschiedensten Teilen Berlins und seiner Vororte Beschwerde geführt über die Verschwendung des Brotes. Gut durchgedackenes Brot ist als Ausnahmefall anzupreisen. Der Teig ist noch so febrig, daß er am Brotmesser haften bleibt. Dazu hat das Brot zugleich einen sogenannten Wasserreife. Die Folge dieser schlechtesten Weischoffenheit des täglichen Brotes sind bösartige Magen- und Darmbeschwerden, die sich bis zur Kollik steigern. Die Ursache des wie gesagt ziemlich allgemein anzutreffenden Mißstandes zu ermitteln, muß Aufgabe der Vorkommissionen sein. Ist das Mehl zu stark ausgemahlen, so muß der Prozentsatz herabgemindert

werden, was nach dem „Brotfrieden“ mit der Ukraine nicht mehr schwierig sein kann. Ist die Ursache im Kohlenmangel, also in ungenügender Badofentemperatur zu suchen, so kann auch hier nach Eintritt des mildernden Winters Abhilfe geschaffen werden. Mischen aber die Bäcker zuviel Wasser in den Teig, um Mehl für Lauchgeschäfte mit Fleisch, Butter, Schmalz, etc. zu ersparen, dann sollte man die Nahrungsmittelkäufer rücksichtslos beim Kaufen.

### Mehr Sauberkeit in den Badeanstalten!

Wie man allgemein hört und wie durch die Korte bestätigt wird, herrschen seit einiger Zeit Hautkrankheiten verschiedener Art in einem Umfange, wie man ihn früher nicht gekannt hat. Die Hautflechte wird naturgemäß durch die Vorhitzungen am meisten verbreitet, wo infolge der Seifennot an der Wäsche über Gebühr gespart wird und wo auch die Desinfektionsmittel fehlen. Hierüber ist im „Vorwärts“ kürzlich das Erforderliche gesagt worden. Andere Hautkrankheiten werden vorzugsweise durch die Bannbäder übertragen. Wer je gezwungen war, öffentliche Bannbäder zu benutzen, der wird sich immer wieder darüber geirrt haben, daß er auf dem feuch eingelaufenen Wasser schwimmend oder an den Seiten der Banne haltend, fast regelmäßig Haare oder andere Spuren seines Vorgängers antreffen mußte. So widerwärtig das ist, so machte eine Gefahr damit in den seltensten Fällen verbunden sein, solange man nach dem Bade sich gründlich abseifen konnte, und vor allem, solange Hautkrankheiten und damit die Gefahr der Übertragung zu den Seitenherden gehörten. Das kann heute nicht mehr gesagt werden. Die Magistrats- und die Badepersonal unter Hinweis auf die Gefahren zu der allgrößten Sorgfalt anhalten und die öffentlichen wie insbesondere auch gewisse private Badeanstalten häufig revidieren lassen. Das badebedürftige Publikum aber sollte die Bannen nach Möglichkeit meiden und sich mit Brausebädern begnügen. Bannbäder, die nicht penibel sauber sind, müssen energisch zurückgewiesen werden.

Der „Volkstanz für Freiheit und Vaterland“ veranstaltet seine erste Vortragsserie, die 8 Vorträge, gehalten in Abständen von zehn Tagen, umfassen soll. Als Vortragende sind gewonnen u. a.: Dr. Gertrud Bäumer-Hamburg, Prof. Brentano-München, Prof. Gög-Leipzig, Reichstagsabgeordneter Dr. Reich-Berlin, Prof. Brauk-Berlin, Prof. v. Schulze-Gövernitz, M. d. R., August Winnig-Hamburg. Der erste Vortrag findet am Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr, im Saal des Reichstags, Berlin, Potsdamer Str. 3, statt. Es wird sprechen Prof. Brentano über „Arbeitszeit und Arbeitslohn nach dem Kriege“. Karten erhältlich bei S. Wertheim, Leipziger Platz, Theaterklasse und der Geschäftsstelle, Berlin W 62, Altesir. 36. Eintrittsgeld 1 M., für die ganze Vortragsreihe zum ermäßigten Preise von 5 M. Postkarte nur bei der Geschäftsstelle erhältlich.

Ueber Diebstähle auf dem Friedenauer Postamt sind in Friedenau seit längerer Zeit seltsame Gerüchte verbreitet. Die Täter sollen zum Teil Gymnasiasten sein, die Hilfsdienst verrichteten. Bei Unterklagung eines Geldbriefs im Werte von 2000 M. sei die Sache herausgekommen; auch seien ganzebeutel von Soldatenpaketen verschwinden. Einige der Täter, Söhne sogenannter besserer Familien, sollen bereits verhaftet sein. Es wäre zu wünschen, daß die Öffentlichkeit darüber informiert würde, was an diesen Gerüchten wahr ist.

Die Räuber auf der Alexanderstraße verhaftet. Durch einen Zufall ist die Polizei auf die Spuren der Räuberbande gekommen, die die Einbrüche bei Heildorn u. Raphael ausgeführt hat. Ein Mann, der einen Koffer trug, wurde in der Wäldchenstraße festgenommen. Der Koffer stammte von einem Fabrikanten Pönnin aus der Wilmistr. 9, und in einem von diesem gemieteten Stall fand man die gesamte Beute aus den Einbrüchen in der Alexanderstraße. Danach gelang es bald, die ganze Bande bis auf Pönnin zu verhaften. Es handelt sich zum Teil um jahrelang tätige Soldaten.

Lichtenberg. Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag beschloß sich in der Hauptsache mit dem Haushaltsplan 1918. Bürgermeister Dr. Linger erörterte in längerer Darlegung die einzelnen Sonderpläne und betonte, daß die Erhebung einer Kommunalsteuer von 100 Proz. erforderlich sei, wenn Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht werden sollen. Ein Widerspruch gegen diesen Steuerplan wurde nicht laut, aus der Erkenntnis heraus, daß ein anderer Weg zur Aufbringung der Kosten nicht gegeben sei. Stadtverordneter (Würgerl. Fraktion) erklärte sich im allgemeinen mit dem Haushaltsplan einverstanden, glaubt aber nicht, daß die vom Bürgermeister in Aussicht gestellte Steigerung der Armenlasten nach dem Kriege eintreten werde.

Von den Mittelständlern brachte Stadtverordneter Hoher einige Wünsche vor. Er streifte den Kleinwohnungsbau, die Errichtung einer Rechtsanwaltskammer und die Förderung der Vegetation. Stadtverordneter Schachtel (Würgerl. Fraktion) hielt dem von Stadtverordneter Pflanz erwähnten Lohenausgleich mehr als Skepsis gegenüber, wenn er auch der Stadt eine Einnahme von rund 600 000 M. bringe. Redner wandte sich insbesondere gegen die Auffassung der Regierung bezüglich des Zweidverbandes. Er weist dem letzteren im Gegensatz zur Regierung große Aufgaben zu. Der Kleinwohnungsbau und das Nachschulwesen u. v. könnten durch den Zweidverband in der umfassendsten Weise gefördert werden. Im übrigen verlangte der Redner, daß die unbesoldeten Stadträte mehr wie bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Weiter wünschte er dringliche Beachtung des Volkshilfswesens. Er bemängelte die Einstellung des Gehalts für den kaufmännischen Direktor der städtischen Werke, weil noch keine Klarheit besteht, welche Stellung dieser dem Direktor Trems gegenüber einnehmen soll. Sollte er etwa dem genannten untergeordnet werden, so müsse er (Redner) sich gegen die Schaffung der Stelle überhaupt wenden.

Oberbürgermeister Pflanz ging auf die Darlegungen der Redner kurz ein und betonte zunächst, daß der kaufmännische Direktor der Werke Herrn Trems nicht unterstellt werden soll. Es habe dieser ausdrücklich sein Einverständnis damit erklärt. Die gegebenen Anregungen sollen beachtet und zur gelegenen Zeit praktisch verwirklicht werden, soweit das den Verhältnissen entsprechend möglich erscheint. Hierauf wurde der Gesamthaushaltsplan dem gewählten Ausschuss überwiesen.

Neußeln. Die Räteverteilung soll bergestellt erfolgen, daß nach den zur Verfügung stehenden Mengen die Geschäfte bezirksweise nach den Volkskommissionen belieft werden. Bis Donnerstag, den 14. März, werden an diejenigen Einwohner, die in die Speisekartenlisten der in dem Bezirk der 1. Volkskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, 125 Gramm Rautkäse verteilt. Die Geschäfte sind durch ein Ausschussmitglied Verlaß von Käse der Feststelle Groß-Berlin“ gekennzeichnet. Bei der Abholung der Ware ist die zurzeit gültige Speisekarte vorzulegen.

Schöneberg. Vom Landauentisch der Schulförder Kogen legt die Hauptzahlen einer Kassenabrechnung vor. Im Sommer 1917 verlor die Stadt 400 Kinder, hauptsächlich nach den Kreisen Gumbinnen (Ostpreußen) und Sonja (Pommern), auch nach den Kreisen Ost-Sternberg und Jämschow (Brandenburg) und nach Wolbun auf Rühr. Kreis Gumbinnen nahm die Kinder unentgeltlich auf, in den anderen Kreisen aber mußte den Waisenkindern für jedes Kind eine Vergütung von 60 Pfennig pro Tag gewährt werden. 50 Pfennig pro Tag und Kind mußten auch die Eltern der verstorbenen Kinder an die Stadt zahlen. In wieviel Fällen der Beitrag wegen Bedürftigkeit erlassen wurde, ist uns nicht bekannt. Diese Beiträge der Eltern brachten im ganzen 199 000 Mark Ein-

nahmen. Dagegen beliefen sich die gesamten Ausgaben auf 815 000 Mark, das sind im Durchschnitt pro Kind etwa 75 Mark. Hiernach war ein Zuschuß von 140 000 Mark erforderlich. Zwei Drittel davon deckte der Staat, den Rest mit 48 000 Mark hatte die Stadt zu zahlen.

**Wilmersdorf. Ausgabe der Magermilchkarten.** Die Ausgabe der Magermilchkarten erfolgt am Montag und Dienstag gemäß der vom Magistrat erlassenen besonderen Bekanntmachung.

**Treptow-Baumfalkenweg. Bessere Lungenfürsorge.** In der letzten Mitgliederversammlung referierte Genossin Rynek über "Die Lungenfürsorge in der Gemeinde". Rednerin erörterte eingehend die Notwendigkeit einer Lungenfürsorge durch die Gemeinde und betonte, daß die Behandlung der Kranken Aufgabe des Arztes, die Fürsorge für die gefährdeten Gesunden aber soziale Pflicht der Gemeinde sei. Von dieser Anschauung ausgehend wurde denn auch an zuständiger Stelle auf die Notwendigkeit einer Lungenfürsorge für unsere Gemeinde hingewiesen.

Gelegenlich einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses, welcher aus dem Gemeindevorstand und fünf Treptower Bürgerinnen besteht, wurde denn auch die Einrichtung einer Fürsorgestelle ange-regt. Es sollte das nötige Material gesammelt werden, um dann dieser Frage näher zu treten. Für unsere in diesem Ausschuss tätigen Mitglieder stand es außer Zweifel, daß die gedachte Fürsorgestelle nur eine Gemeindeeinrichtung sein kann, wenn sie gemeinnützig ihren Zweck erfüllen kann. Um so größer war das Erstaunen, als mitgeteilt wurde, daß die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins inzwischen eine Lungenfürsorge als Einrichtung dieses Vereins geschaffen habe. Ein Arzt in Baumfalkenweg hält jeden Freitag in seiner Wohnung eine Sprechstunde ab, und eine Fürsorgeschwester besucht die Kranken in der Wohnung und informiert dieselben. Diese Fürsorgetätigkeit soll von der Gemeindegewerkschaft im Nebenamt mit versehen werden. Ganz abgesehen davon, daß diese primitive Einrichtung absolut ungenügend ist, bilde die Doppeltätigkeit der Schwester eine ständige Gefahr für die Familien, in denen sie als Gemeindegewerkschaftlerin wirkt, wie für die Kinder der Krippe, wo die Schwester ihre Wohnung habe. — Dieses ist trotz energischer Warnung der dirigierenden Ärztin dennoch geschehen. — Einer solchen Fürsorge könnte die Sozialdemokratie keinerlei Vertrauen entgegenbringen, und müsse unter solchen Umständen darauf verzichten, eine fernere Tätigkeit auf diesem so wichtigen Gebiet sozialer Fürsorge auszuüben.

In der darauf folgenden Diskussion wurde allgemein im Sinne der Referentin eine von der Gemeinde einzurichtende Lungenfürsorge gefordert. Eine Entschließung, die auch dem Bürgermeister mitgeteilt werden soll, gelangte zur Annahme.

**Friedrichshagen. Lebensmittel.** Bis Sonntag gelangen auf Ab-schnitt 76 der Lebensmittelkarte je 125 Gramm Rindfleisch zum Preise von 8 Pf. zur Ausgabe.

— **Rabenverkauf durch die Gemeinde.** Die Einwohner werden gebeten, sich mit Raben aller Art einzudecken. Der Verkauf findet im Laden der Gemeinde statt.

**Mit-Gewinn. Haushaltsberatung.** Der Gemeindevorstand hatte den Entwurf zum Gemeindehaushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1918 vorgelegt. Der Entwurf schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1 403 500 M. ab, wovon auf die ordentliche Verwaltung 248 500 M., das Extraordinarium, dessen Höhe insbesondere durch die Kriegsfürsorgemaßnahmen bedingt ist, 1 050 000 M. und die Kanalisationsverwaltung wieder 105 000 M. entfallen. An Einnahmen aus den Steuern werden 177 500 M. erwartet. Der bisherige Gemeindesteuersatz von 180 Proz. wird in Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse erhöht werden müssen.

**Kosowes. Zur Gemeindeverordnetenwahl.** Morgen von 11 bis 1 Uhr findet die Wahl von vier Gemeindeverordneten zur 8. Ab-teilung statt. Die Wahl erhält diesmal dadurch eine besondere Bedeutung, daß uns die Mandate nicht wie früher von bürgerlicher Seite, sondern von den Unabhängigen freitragend gemacht werden, die dabei wohl weniger auf ihre eigene Kraft vertrauen, sondern viel-mehr auf die Stimmen der Willkürer spekulieren, die sich durch den immer noch gefährlichen Namen "Sozialdemokratischer Verein Kosowes" irreführen lassen könnten. An unseren Genossen liegt es nun, einer solchen Irreführung vorzubeugen und die kurze Spanne Zeit bis zur Wahl zu eifriger Werbung für unsere Kandidaten auszu-nutzen. Erfüllt jeder seine Pflicht, dann muß uns der Sieg werden in diesem und aufgezogenen Bruderkampf! Die Unabhängigen behaupten bei jeder Gelegenheit, hinter ihnen ständen die "Masse"; nun, beweisen wir ihnen das Gegenteil!

— **Lebensmittel.** Es werden abgegeben: auf Abschnitt 19 der allgemeinen Lebensmittelkarte 100 Gramm Rindfleisch, auf Ab-schnitt 20 125 Gramm Rindfleisch, auf Abschnitt 6 der Lebens-mittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Sago, auf Abschnitt 7 für Jugendliche 1 Paket Zwiebad. Die Ware ist von heute bis Dienstag, den 12., in Empfang zu nehmen.  
Auf Abschnitt 21 der Lebensmittelkarte findet der Verkauf von Kohlräben statt. Es entfallen auf den Kartenabschnitt 5 Pfund

Kohlräben. Note Rüben werden ohne Abgabe eines Kartenabschnitts zum Preise von 23 Pf. je Pfund abgegeben. Die Aus-gabe erfolgt in der Turnhalle, Scharnhorststraße.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Berlin 4. Petersburger Viertel.** Zur Flugblatt-Verbreitung treffen sich die Genossen und Genossinnen heute nachmittags 4 Uhr und morgen vormittags 8 Uhr im Lokal von Karl Kühn, Schreinerstraße 58.

**Spandau.** Zur Flugblattverbreitung in Siemens-Stadt treffen sich die Genossen morgen, vormittags 9 Uhr, im Lokal von Marsand, Siemensstadt, Rennendammallee 87.

**Niederhörnhausen.** Morgen, vormittags 8 Uhr, von Greth, Lindenstraße, Ecke Bismarckstraße, aus wichtige Flugblattverbreitung.

**Oberschnewide.** Morgen, abends 8 Uhr: drei Reichs-tagswähler-Versammlungen im Gasthaus von Wil-helm Bernke, Wilhelmminenhofstr. 18, bei Darke (zum Landsturmmann), Wilhelmminenhofstr. 44a und bei Reinicke, Wilhelmminenhofstr. 64. Referenten: Reichs-tagsgabgeordnete Rolfenbuhr und Schumann-Berlin und Stadtverordneter Max Grogar.  
Besuche jeder Freund und Genossin genossen pünktlich die feiner Wohnung zunächst gelegene Versammlung.

**Oberschnewide.** Morgen, vormittags 8 Uhr, findet von Lade-wig, Lausener Str. 5, aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

**Biedorf.** Morgen nachmittags 6 Uhr: Deffentliche Wählerversammlung im Bahnhofslokal (Inhaber Hirt). Es sprechen Reichstagskandidat Arbeitersekretär Rudolf Wissell und Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt.

**Petershagen, Vogelssdorf, Neu-Vogelssdorf, Friedersdorf.** Morgen nachmittags 3 1/2 Uhr, Wählerversammlung im Lokal "Zum alten Dessauer", Hennickenborfer Straße in Petershagen. Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn. Alle Reichstagswähler sind eingeladen.

**Ragel, Lichtenow, Kienbaum, Kehlsee, Werder, Zinndorf, Herz-felde.** Morgen, nachmittags 3 1/2 Uhr, Wählerversammlung im "Deutschen Kaiser" in Ragel. Referent: Reichstags-abgeordneter Otto Weis.

**Erfner.** Morgen, nachmittags 8 Uhr: Deffentliche Wählerversammlung in Brodts Gesellschafts-haus. Referent ist der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei Arbeitersekretär Rudolf Wissell.

**Dranienburg.** Morgen nachmittags 4 Uhr, Wählerber-sammlung im Lokal "Waldhaus Sandhausen". Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Müller. Freie Aussprache.

**Wählerversammlung in Friedrichsfelde.** Sehr schlecht abge-schnitten haben die Unabhängigen in einer Wählerversammlung, die am Donnerstagabend in Friedrichsfelde stattfand. Nachdem sich unter Kandidat Rudolf Wissell in einem längeren Referat den Wählern vorgelesen hatte, entwidelte der Unabhängige Frenzel die Forderung, daß der Friede mit Rußland abgelehnt werden müßte. Der Einwand, daß dann der Krieg weitergehen könnte, dürfte nicht entscheidend sein. Es sei besser, jetzt noch "ein paar Reuigen" mehr zu opfern, als vielleicht in 10 Jahren wieder einen Krieg zu haben. Es war unseren Diskussionsrednern nicht schwer nachzuweisen, daß mit dieser Auffassung die Unabhängigen nunmehr auch in der Friedensfrage sich die Argumente der Kommerzialen und Altpreussischen völlig zu eigen gemacht haben. Gegenüber den ewigen Vorwürfen der Unabhängigen, daß die alte sozialdemokratische Partei ihre Grundzüge verleugnet habe, wurde darauf hingewiesen, daß Drei-tzig es einst als seine Lebensaufgabe bezeichnet hat, die deutsche Demokratie von dem "Ballast der dogmatischen Lehren eines Marx" zu befreien. Die Arbeiter wählen nicht sozial-istisch ein des sozialdemokratischen Parteiprogramms willen, son-dern um der praktischen Arbeit willen, die die Sozialdemokratie für die Arbeiterinteressen geleistet hat. Auch dieser Satz stammt von Herrn Dr. Breitscheid, der ihm hinzugesetzt hat: "Die Sozialdemokratie wäre froh, wenn sie das Erfurter Programm nicht hätte."

Die Unabhängigen, die zu Beginn der Versammlung sehr mobil gewesen waren und Wissells Referat mit zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen hatten, wurden im Laufe der Auseinandersetzung immer kleinlaut, und die Aufforderung, Wissell zu wählen, fand am Schluß der Versammlung lebhafteste widerspruchslöse Zu-stimmung!

**Königswusterhausen i. M.** Am 6. März fand im Neuen Stätten-hause eine gut besuchte Versammlung statt, in der Reichstags-abgeordneter Genosse Davidsohn über den Kampf um neue Deutschland sprach. In der Hand reichen Materials zeigte der Redner die Reformbedürftigkeit unserer inneren Politik und ins-besondere die der Diplomatie, die so manchen schwerwiegenden Fehler auf dem Gewissen habe. In der Diskussion sprach der Sozialdemokrat Herr F. K. K. K., der sich gegen den Parliamen-tarismus wandte und in Kürze eine Versammlung in Aussicht stellte, in der die Arbeiter des dortigen Bezirks sich entscheiden könnten, welcher politischen Partei sie sich anschließen wollten. Von dem Versammlungsleiter O. U. U. U. wurde dieser Redner darauf aufmerksam gemacht, daß die vorgelegte Resolution nur dem politisch indifferenten Arbeiter den Anschluß an den Sozial-demokratischen Wahlverein Zeltow-Beeslow empfehle und daß es sich heute darum handle, daß die hier Versammelten sich entscheiden sollten, welcher sozialdemokratischen Partei sie sich anschließen wollten. Die beste Antwort erteilte die Versammlung übrigens selbst, indem sie die vorgelegte Entschließung, in der sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und ins-besondere den Kampf um das preussische Landtagswahlrecht unter-streichte, gegen eine Stimme annahm. Mittwoch, den 20. März, findet bei Schumann eine Bezirksversammlung statt.

## Berichtszeitung.

**Das Urteil im Breslauer „Kupfer-Prozess“.** Frau Martha Gohla wurde wegen Betrugs, Beamtenbestechung und Spielens in verbotenen Lotterien zu 6 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 1800 M. Geldstrafe verurteilt. Die 2000 M. Bestechungsgelder verfallen der Staatskasse. Der Geman Gohla erhielt wegen Beihilfe zum Betrug 1 Jahr Gefäng-nis und wegen Spielens in einer verbotenen Lotterie 300 M. Geldstrafe.

## Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg. Arbeiter-Jugend.** Sonntag: Spielabend. An-fang 8 Uhr. — Mittwoch: Vortrag. Referent: Fritz Weber.

Karten zur Frühjahrsfeier sind zu haben bei Karl Stenzel, Hohenfried-bergstraße 2, Clara Fromm, Koburger Str. 15, und in der "Vorwärts"-Expedition, Weininger Str. 9.

## Briefkasten der Redaktion.

Die brieflichen Anfragen wehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß briefliche Antworten nicht er-teilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Chiffre erfolgen.

**B. N. 65 a.** Es gibt verschiedene solcher Anstalten. Bisherlich wenden Sie sich einmal an die Zentrale für private Fürsorge, Flottwellstr. 4. — **B. N. 25.** 1. Frankfurt a. M., Wiesbaden, Charlottenburg. 2. Am ver-gangenen Jahre 170 Proz. 3. Einen so geringen Steuersatz hat die Ge-meinde in den letzten 10 Jahren niemals erhoben. — **B. N. 6.** Dafür kommen die städtischen Vorkursbildungsschulen in Betracht, und zwar für Sie Gubenener Str. 33 oder Langestr. 76. — **B. N. 1.** 28 Jahre. 2. So lange ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, kann er weder wählen noch gewählt werden. — **B. N. 13.** Darüber haben die Eltern zu bestimmen. — **B. N. 87.** Das kommt mir leider auch nicht feststellen. — **B. N. Wa.** Rein. — **B. N. 64.** Verband der Schuh-macher, Berlin SO. 16, Engelauer 14 v. H. — **B. N. 2.** Wenden Sie sich an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, O. 25, Landsberger Str. 43/47. — **B. N. 32.** Diese Frage können wir nicht beantworten, da wohl in jedem größeren Ort ein oder mehrere Zeitungen erscheinen. Bisherlich wenden Sie sich einmal an eine Annoncenexpedition. — **B. N. 1.** **B. N. 89 J. D.** Sie haben keinen Anspruch auf höhere Löhne; nur Unteroffiziere, die 3 1/2 Jahr Dienstzeit nachweisen können, haben An-spruch auf Sergeantenlöhne. — **B. N. 105.** Sie hatten kein Eigen-tumrecht an dem Bild, infolgedessen müssen Sie auch dem Eigen-tümer den Schaden ersetzen. — **B. 10.** Die Mutter hat keinen Anspruch auf Vermögensentschädigung. Die Dienstzeit der Vorkurspflichtigen wird nicht als aktive Dienstzeit gerechnet. — **B. 17.** Ihr Verdienstanspruch für die verhältnismäßig kurze Zeit der Krankheit wird nicht 1/2 des Jahres-einkommens betragen. Sie sind daher zur Zahlung der Steuer verpflichtet. Durch den Offenbarungseid wird von Ihnen verlangt, daß Sie befunden sollen, teureres Vermögen oder pfändbare Gegenstände zu haben. — **B. N. 175.** Die Sergeantenlöhne kann Ihnen deshalb nicht entzogen werden, führen Sie Beschwerde. — **B. 61.** Sie werden die Kriegerveran-antwortung der Wohnung nicht zwingen können. — **B. N. Feldgrau.** Sie müssen dann Schadenersatz von der Kompagnie verlangen. — **B. N. 15.** Ihre Steuer muß doch durch den Kassenbericht aufgehoben sein. — **Jacob.** Nach Ihrer Entlassung aus dem Gefängnis steht Ihnen die Militär-Invalidentenrente wieder zu. — **B. Granzke.** Rein. **Wittelschaden.** Die Frau kann zur Zahlung der Staats- und auch der Kommunalsteuer verpflichtet werden, ebenso zur Rückzahlung. Aufwands-entschädigung erhalten nur Eltern, wenn für die Söhne 6 Jahre aktive Dienstzeit nachgewiesen ist und ein Sohn noch zurzeit aktiv dient.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag.** Im Südwesten vorwiegend wollos, ohne erhebliche Niederschläge, in den anderen Gegenden trocken und vielfach heiter. In der Nacht zum Sonntag an vielen Orten Frost, am Montag ziemlich mild.

**Die Norddeutsche Gemüsehau-Genossenschaft**  
vergrößert ihre Pflanzungen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder als  
**stille Teilnehmer**  
mit Anteilen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M. und bis zu 1000 M. auf. Kriegs-geldentlohn wird zum vollen Nenn-wert in Zahlung genommen.  
Das Gemüse wird in unseren **Verteilungstellen**  
an die Mitglieder billig abge-geliefert, bei völliger Ausschaltung des Groß- und Klein-zwischenhandels. Der Ge-winnüberschuss wird als Divi-dende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergemüse reichlich versorgt worden. Die jetzt neu be-reitenden Mitglieder sind be-rechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder findet statt im Laden Petersburgerstr. 4: Montags, Mittwochs, Freitags 9-12 und 4-7, außerdem Sonntags 11-1. Ferner im Laden Kapenburgerstr. 4: Dienstags, Donnerstags, Sonn- und Montag 9-12 und 4-6 und Sonntags 9-12. Ferner täglich im Verkaufsamt: Burg-str. 27 III, Zimmer 76 (gegenüber Jirass Buch).

**Möbel-Cohn**  
im Osten: Große Frankfurter Str. 58  
im Norden: Badstraße 47-48

**Möbel auf Kredit**  
an jedermann.  
Geringste Anzahlung — kleinste Abzahlung  
Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen  
und einzelne Möbelstücke, sowie farbige  
Küchen-Einrichtungen.  
Große Auswahl komplett aufgestellter Schlaf-,  
Wohn- und Speisezimmer.  
Riesen-Anwahl — Billigste Preise  
Sehr kulantte Bedingungen  
Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit.  
Lieferung frei Haus.  
Kriegsbeschädigte u. Vorseiger der  
Anzeige erhalten Extra-Rabatt.  
Sonntags 12-2 geöffnet.

**Dr. med. Wockenfuß**  
Friedrichstr. 125 Oranienb. Tor  
Sprechst. 11-1, 6-8  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden  
Blutuntersuchungen, Schnells,  
sichere, schmerzlose Heilung  
ohne Berufsströmung, Teilzahlung

**Lotterie**  
Ziehung am 27. März 1918  
Städtische  
2770 Gew. u. 1 Prämie — Mark 7  
Los 2 M. 2.—  
Emil Stiller, Bankhaus  
Hamburg, Holtenauer 20.  
— Bitte rechtzeitig Bestellungen!

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasché,  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadthaus.  
Behandl. von Syphilis, Haut-  
Gorn, Proneidien, Spe-  
zieson, Hülle, Schmerzlöte, fürzeste  
Behandl. ohne Berufsströmung,  
Blutuntersuchung, Maß. Preise.  
Teilzahlung. Sprechstunden 10  
bis 1 und 7-8. Sonnt. 11-1.

**Bezugsquellen-Vorzeichnis**  
Berlin-Norden

- Drogen, Farben  
Bismarckstr. 33  
ab Schiffsanleger.
- Fleisch- u. Wurstw.  
Götschmanns Centr. Wicker-  
Str. 159.
- Kolonialwaren  
M. Saagehahn  
Strolitzer  
Str. 67
- Möbelmagazine  
Wiese & Co.  
Luisenparkstr. 97  
Tischlermeister

**Bezugsquellen-Vorzeichnis**  
Berlin-Osten

- Butter, Eier, Käse  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
Königsberger  
Str. 26/27
- Photograph. Ateliers  
R. Wenzel  
Luisenparkstr. 33  
Luisenparkstr. 33
- Warenhäuser  
Hamburger Warenhaus Max Fleckmann  
Alt-Str. 11, Verw.-Lsg. 6/7

**Welcher Genosse**  
steht dem Arbeiter-Jugendheim  
ein Klavier  
gegen geringe monatliche Ent-  
schädigung zur Verfügung, event.  
erfolgt auch Kauf.  
1754  
Angebote an Fritz Weber,  
SW 68, Ratjenstraße 17 II.  
gebr., zahlb. bis 600 M.,  
bis 800 M., Speisezimmer, gebr.,  
bis 1000 M., Möbel jed. Art laut  
Ego, Neudorf, Berliner Str. 20.

**Möbel-Gross**  
141 Große Frankfurter Straße 141  
Sonntag, 10. März!  
Eröffnung meines 2. Geschäfts  
Invalidenstr. 5, Ecke Ackerstr.  
**Möbel auf Teilzahlung**  
zu billigen Preisen. Große Auswahl.  
Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt.  
Insarat mitbringen. Wert 5 Mark.  
Sonntags 12-2 geöffnet.

**Zigaretten Ia.**  
Sur an Selbstverbraucher.  
300 Stk. 6.2 . . . 18,60 M.  
300 . 8.8 . . . 24,75 .  
300 . 12,0 . . . 22,40 .  
Verpackung 0,25 .  
Berfand-Nachnahme 60,00 M.  
**Julius LeB,**  
Berlin W 40, Prager Straße 29.  
Tel.: Holzb. 2735.  
**Bestellungen.**  
Befestigung sofort. Bitte und  
Geschäft annehmen. Wunsch  
umsonst. Tel. Engelbrecht,  
Janit. Bergstraße, Stöckhof  
660 b. Wilmers. 1918  
**Möbel, Nachlässe,**  
ganze Wirtschaften  
laut K. H. H. C. Neukölln,  
Ringsgrabenstr. 2.  
Unbefristet-Briefsteller 3,50  
Kart. Buchhandlung Vorwärts,  
Lindenstraße 3 (Laden).

**Möbel jeder Art**  
sowie ganze Nachlässe  
laut hochglanzend Froesch,  
Reutlin, Steinmühlstr. 4.

Mit dem fliegenden Holländer.

Am 2. März trafen 23 skandinavische Gefangene des deutschen Hilfskreuzers Wolf von Stagen in Kopenhagen ein. Ein Mitarbeiter der "Politiken" begab sich alsbald als wichtiger Journalist auf die Jagd nach einem "feinen" Interdium. Er traf auch den einen und den anderen von den Gefangenen; aber erst im Seemannshaus gelang es ihm, den rechten Mann für seine Zwecke ausfindig zu machen. Es war der Norweger Johan Nielsen, der Steuermann auf dem amerikanischen Segler Windlow gewesen war, ein kluger und wissenschaftlicher Mann, eine Art Wikingerart, der, eilig auf der Jagd nach spannenden Abenteuern, rund um die Erde fährt. "Politiken" gibt nun diesem Norweger das Wort: "Mein Schiff, die Windlow, wurde zusammen mit der Weiruna bei den Kermadecinseln aufgebracht und sofort vertrieben. Die Mannschaft wurde an Bord des Wolf gebracht. Dieser war ein feines Schiff, kaum drei Jahre alt, als Lauffahrteifahrer gebaut, wenn auch alles darauf hindeutete, daß man beim Bau bereits die besonderen Zwecke im Auge gehabt hatte, denen das Schiff nun diene. Es führte vier Torpedobohrer, sieben neuzündliche Kanonen, drei Maschinengewehre und drei Scheinwerfer an Bord. Über diese ganze Armierung war hinter Luken und Falltüren so sorgfältig verborgen, daß der schwarze Hilfskreuzer äußerlich einem friedlichen Frachtdampfer gleich. Im Lastraum war Platz für Gefangene und ein gutes Hospital für Verwundete eingerichtet, alles weiß angestrichen und sauber. Der Wolf fuhr stets unter schwarzem Auszug nach allen Seiten; in der Nacht waren sämtliche Lichter gelöscht. Aber es genügte ein Druck auf den elektrischen Knopf — und in jedem Raum schillerten Glöden, woraus im nächsten Augenblick vierhundert Mann, dem leisesten Wink des Kapitäns Rexger gehorchend, auf ihren Posten standen. Anfangs, so erzählt der norwegische Steuermann, befanden wir uns zwischen den eigentlichen Kriegsgefangenen unter Hinterdeck und wurden dort nicht gerade milde behandelt. Ein Matrose namens Jens Jensen und ich ließen uns zum Kapitän führen und führten über diese Behandlung Klage. Das half. Alle neutralen Gefangenen wurden jetzt unter der deutschen Wachmannschaft verteilt und erhielten die gleiche Beköstigung wie diese. An den Tagen, an denen wir mit der Umfrachtung von Waren aufgebracht Schiffe beschäftigt waren, dienten wir noch obendrein 9 W. pro Tag. Eines Tages lief uns die Belluga ins Garn, von der die Deutschen sich mit Benzol für ihre Flugzeuge versahen. Die ganze Ladung konnte aber nicht übernommen werden, weshalb das Schiff in Brand gesteckt wurde. Die ganze Nacht hindurch leuchtete es einer mächtigen Fackel gleich weißlich über das Meer.

Einmal legte der Wolf mitten in der Nacht vor der Nase eines englischen Kreuzers Minen aus. Der Hilfskreuzer führte 500 Minen an Bord, die alle sorgfältig nummeriert waren. Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben dieses Schiffes, die großen Meere draußen mit Minen zu besetzen. Und es gelang! In einer dunklen Nacht listete sich unser fliegender Holländer an Bombay vorbei. Das wurde aber von einem englischen Kreuzer bemerkt, der sofort seine Scheinwerfer über das Schiff hinziehen ließ. Der Wolf jedoch legte seine Fahrt und seine Beschäftigung in den Signalfarben eines unschuldigen Handelsschiffes ruhig fort. Aber auf der andern Seite des Schiffes glitz im Dunkel der Nacht eine Mine nach der anderen ins Meer hinab. In Singapur wurde dasselbe Manöver wiederholt.

Südlich von Colombo begegnete wir der Hitaichi Maru. Auf das Signal "Stop" antwortete der große japanische Passagierdampfer: "Habe verstanden" und machte eine rasche Schwenkung. Ein wachsender Kanonier des Wolf bemerkte aber, wie zwei Soldaten an die Kanonen auf dem Hinterdeck des Japaners herumsprangen und ohne Order schießen wollten. Schnell wie der Blitz schickte der Wolf eine Granate hinüber; beide Soldaten fielen. Zwei neue sprangen herbei. Der Wolf feuerte wieder mit dem gleichen Ergebnis. Wieder zwei neue Männer vor. Wieder eine Granate des Wolf. Wieder zwei zerrissene Menschen. Nicht ein einziges Mal gelang es den Schützengängen, zu feuern. Der letzte Schuß war dem Telegraphenbündchen zugehört, in dem der Marconitelegraphist nach Hilfe funkte. Die Granate des fliegenden Holländers explodierte am Vorderteil, schlug in die Maschine ein und riß dem Maschinenisten beide Beine weg. Jetzt gab der Japaner sein Spiel verloren. Ein Leutnant, von Mannschaften gefolgt, ging an Bord und nahm das japanische Schiff in Besitz. Der Kapitän und der Steuermann mußten mit Gewalt weggebracht werden, weil sie mit ihrem Schiff untergehen wollten. Die Deutschen boten dem Kapitän an, sich zu den Offizieren des Wolf zu gefellen. Aber der Japaner war stolz, er blieb bei seiner Mannschaft unter den Gefangenen. Ueber die reiche Beute, die dieses Schiff erbrachte, ist ja schon berichtet worden.

So ging's nach Hause, südlich um Afrika herum. Auf der Matunga hatten die Deutschen einen heimlichen Telegraphenschlüssel

bekommen, den die Engländer für Australien benutzten. Jetzt war der Wolf sein heraus. Mit Hilfe des Schlüssel schnappten sie alle feindlichen Funkprüche auf, auch diejenigen, die über die rätselhaften Unglücksfälle auf den Meeren zu berichten suchten. Eines Tages telegraphierten zwei japanische Kreuzer aus einer Entfernung von 800 Seemeilen ununterbrochen: "Hitaichi Maru, Hitaichi Maru". Aber niemand antwortete auf den Ruf; überwunden und getrieben mußte der Dampfer auf der Fahrt nach Norden folgen. Wenn irgendeiner, sollte er im Triumph nach Deutschland gebracht werden. Schließlich mußte er wegen Kohlenmangels aber doch versenkt werden. Im Atlantik entdeckten die Weissenoffiziere einen englischen und einen amerikanischen Kreuzer. Man war auf das Schlimmste gefaßt; wir entgingen aber dem englischen Besuch, da man uns für ein friedliches Frachtschiff hielt und nicht einmal nach unserer Nationalität fragte. Wir neutralen Gefangenen wurden dann auf den aufgebracht Spanier Joyo Mendib gebracht. Auf der Weiterfahrt kam ich als Gefangener an meinem Heimatland vorbei. Ich sah Trondhjem und Bergen in aller nächster Nähe liegen. Endlich belanden wir auf Stagen wieder festen Boden unter die Füße. Daß es nun, Schloß der Norweger freudig, heimwärts geht, braucht wohl keinen Bauder zu nehmen.

Liebesketten.

(Erfahrungsgeschichte in Deutschen Opernhaus.)

Schon in "Tiefenland" hat Eugen d'Albert eine Handlung aus dem landsbüchlichen Liebesleben zum musikalischen Vorwurf genommen. Und wie damals, so ist auch diesmal Rudolf Kallhar Bearbeiter des Textes, den er nach Angel Guimaras Tochter des Meeres "frei" gestaltete. Die Handlung spielt in einem Dorf an der Küste der Bretagne um 1830. Fischer und Dörfler sind es, die hier auftreten. Unter ihnen ein Lotienkommandeur, ein regelrechter Don Juan. Heute die, morgen jene. Bis ihm die richtige Frau Augen kommt. Das ist Sabina. Einst wurde sie als Kind unbekannter Schifferleute schwimmend auf einer Planke aus Meer getrieben und von den Fischer-Wirtshausleuten erzogen. Jetzt unterhält der Lotienkommandeur gerade ein Lechtelmechel mit der jungen Birnin. Damit aber der sehr eifersüchtige Mann getäuscht wird, rät Marion dem Liebhaber, ein Scheinverhältnis mit der harmlosen Sabina einzuführen. Hierbei läßt er Feuer und Licht nun willkürlich. Katharina, eine andere hingelassene Strandblonde, rächt sich, indem sie einige Schiffer zu einer Regenmüll aufsucht, und auch Sabina das Gift des Argwohn ins Herz tränkelt. Als Schlussfeste wird Sabina von dem Gastwirt mit einem Bootsalen erlösen. Es geschieht dies zwar zufällig; denn dem Lotienkommandeur galt der Dieb... Genau befehlen, finden sich also altdenkliche Motive zusammen.

Und ähnlich ist es mit der Musik. Man wird behaupten: Sie schwebt zwischen Wagner, den älteren italienischen "Veristen" (Mascagni, Puccini usw. einerseits und den "Neoromantiken" andererseits. Sie ist zum Teil ultramodern, wie schon in "Tiefenland", mehr noch in den "Toten Augen". Aber sie hat ihre eigene Ursprünglichkeit. So manche Schönheit ist darin, beispielsweise das Tonleben des Meeres bei Sturm und Gefahren, bei Schiffbrüchen usw. Oder auch, wenn d'Albert und Kallhar in zwei Aufzügen zusammengefaßt. In dieser kürzeren Gestalt scheint es an Schlußkraft gewonnen zu haben. Das Bühnenbild wirkt im ganzen treffend mit. Nur die beiden wie angespannt feststehenden Schiffsmobile fern hinter der Meereskümmung oder der vorn am Strand vollbetafelt haltende Zweimaster: — das sind Regiefehler.

Von den Trägern der einzelnen Partien stand eigentlich nur vom Scheidt (Kaufmann Volthaler) auf der Höhe. Paul Hanen (Lotienkommandeur) sang ziemlich ungleichmäßig. Lotte Stein (Sabina) verpante vieles; und die Vertreterinnen der Marion und Katharina mühten erheblich jünger erscheinen.

Charlottenburger Schiller-Theater: "Othello".

Der Name Georg Veschke, der nun wohl zwei Jahrzehnte schon am Schiller-Theater spielt, erscheint, da diese Bühne nur wenige Premieren bringt, nicht oft in den Besprechungen der Blätter. Und doch rangiert der Künstler nun schon geraume Zeit zu jenem anerkannten kleinen Kreis Berliner Darsteller, deren Kunst über das moderne Schauspiel hinaus auch großen Gestalten

der klassischen Tragödie sich gewachsen zeigt. Sein Othello war eine überaus stark, von der Kraft nirgendwo verjagender Intuition getragene Leistung. Er faßte die Figur gradwegs und schloß in ihrem Kern, wie das dem unbefangenen Sinne des Lesers selbst sich einträgt. Er ist als Mohr zugleich ein Krieger von stolz gemessener Würde und königlichem Ansehen. Vortrefflich mußte er dabei das von dem fernen Osten zurückgebrachte Chaos heißer Leidenschaft vorbereitend anzudeuten. Mächtig ergriff das von Jagos schleichender Verleumdung erregte dumpfe Wogen in seiner Seele. So lösten sich die Elemente zu einem völlig einheitlichen, eindrucksvollen Bild zusammen. Sehr glänzend unterstülzte ihn die Desdemona Hanna Prohms. Die Hierlichkeit der Ercheinung, hatte doch nirgends einen Einschlag flüchtiger Unbedeutendheit. Hinter der leichten, spielerischen Komik erahnen in den entscheidenden Szenen ein Ausmaß rührender Reinheit und Hingabe. Julius Weisendorfer führte den Jago in korrekter, konsequenter Auffassung durch, doch wurde die Wirkung stellenweise durch eine eigenartige Manier des Tonfalls beeinträchtigt. Die Szenerie gab reiche, stimmungsvolle Hintergründe.

Eine eigenartige Verteidigung.

Wir alle kennen die Gärtner und Landwirten so sehr verhassten Radikale, deren Gefährlichkeit und schon um so manchen schönen Salatopf gebracht hat. Nun wird uns neuesten von Prof. Steuer von Bietern dieser unserer höchst unerwünschten Freunde folgende sehr interessante Waffe berichtet:

Wie ihre Verwandten vom festen Lande sind diese im Meere und zwar besonders in der Adria lebenden Arten stets bei gutem Appetit und befinden sich auch gleich jenen stets in der unangenehmen Lage, selbst fortwährend als willkommene Beute betrachtet zu werden. Diese beiden treibenden Faktoren ihres Daseins wissen sie nun auf eine merkwürdige Weise zu vereinen. Die Aeolidier — so ist ihr wissenschaftlicher Name — leben von den Köpfchen der Hydrozoen, die mit zu den nesselnden Wassergeschöpfen gehören. Ede die hungrigen Säuglinge suchen nun an ihre Wästel machen, übergeben sie ihre Nahrung erst mit einer ausgiebigen Schlemmenge, was das Entladen der Nesselkapseln zu verhindern scheint. Auf ihrem Verdauungswege gerät also die Nesselkapsel unversehrt in den Darm und von da aus in die Rückenfortsätze der Säuglinge, die gleichsam als Sadgassen des Darms anzusehen sind. Diese Rückenfortsätze, lebhaft gefärbt und sehr beweglich, hängen in der Nähe wie buntfarbige Wästel herab. Kommt nun aber irgend ein räuberischer und entsprechend größerer Nachbar, so richten sie sich auf und werden von ihrem Besitzer bestig in Tätigkeit versetzt. Das veranlaßt den Angreifer meist, danach zu schnappen. Durch die heftige Verletzung jedoch entladen sich die aufgespreizten Nesselkapseln und fast immer wird der Geaer durch diese unermutete, sich in seinem eigenen Mund vollziehende Verteidigung zurückgedrückt und sucht schlüssig das Weite, d. h. ein weniger raffiniertes bequelltes Opfer.

Notizen.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1918 stellt hinsichtlich der Besucherzahl wie des wirtschaftlichen Ergebnisses alle ihre Vorgängerinnen in den Schatten. Das während des Krieges ins Leben gerufene "Mehmt für die Muttermessen in Leipzig", das einen jährlichen Reichsbeitrag von 700 000 M. erhält, hat im Verein mit der gesamten Presse wesentlichen Anteil an der über alles Erwarten günstigen Entwicklung der Leipziger Messe während des Krieges. Darin war schon im Hinblick auf die Kriegsumstände die Frühmesse 1916 mit ihren 2000 Ausstellern und mit den circa 15 000 Besuchern als einen eifrigen Erfolg buchen, so darf man jetzt angefaßt einer Besuchsziffer von 3000 Ausstellern und rund 75 000 Besuchern von einem geradezu überwältigenden Sieg der Leipziger Messe in unserem wirtschaftlichen Leben sprechen. Ein Meilenwerk führt durch die Straßen des Westviertels, die Wegpaläste gleichen Dienenhöfen und die endlose Schlangen des Mellemsträgerzuges schiebt sich nur mühsam durch das dicke Gewoge der Westfremden.

Laubheugewinnung. In der menschlichen Ernährung hat uns der Krieg längst schon gezwungen, mit Ersatzstoffen zu strecken. Nun ist es auch bei der Ernährung der Heerespferde notwendig geworden. Als Streckungsmittel steht das Laub unserer Wälder zur Verfügung. Das Kriegsmat hat die Laubheugewinnung einseitig in der Laubhüterstelle durch die Heeresverwaltung organisiert. Im Laufe des Winters wurde eine große Organisation über das ganze Reich ausgedehnt, an der das ganze Volk sich regen durch Einsammeln des Laubes beteiligen soll. Überall werden Ortskommissionen gebildet, die einen lohnenden Preis zahlen werden.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Der Abschied Gertruds von der Dombrowski war herzlich gewesen, herzlicher, als sie es je für möglich gehalten hätte. Wie oft war sie böse auf das leichtsinnige Weib gewesen! Nun das mit seinen hübschen dunklen Augen vor ihr stand, in denen es heute feucht spiegelte, das runde Gesicht sie gutmütig anlächelte, war es ihr, als hätte sie etwas verfehlt. Hätte sie nicht die Dombrowski bereden können, draußen auf ihrem Land zu bleiben, und hätte sie nicht bei ihr aushalten müssen in Geduld und Verzeihen? Die Frau war ja nicht allein schuld: der Krieg war schuld. Und ein wütender Aufstieg auf in Gertrud gegen diesen Krieg, der alles vernichtete: auf Menschen und Hoffnungen trat, als wären es Staubkörnerchen, die man nicht achtet unterm Fuß. Tag und Nacht führen die Jüge oben auf dem Bahndamm, zu dem sie vom Fenster ihrer Wohnung aufschaute, vorbei, und trugen neuen Fraß hinaus für das Ungeheuer, den Krieg.

Das Häuschen der Richters lag neben der Bahnunterführung, tiefer an der Landstraße; es war das letzte der Häuser, die hier schon weit auseinander rücken. Auch hier waren Felder, aber nicht schon längst angebaute wie drüben auf der anderen Seite des Ortes, hier fing man jetzt erst an, welche herzustellen. Mitten in der noch verunkrauteten Heide lag der neue Kirchhof. Zwei Musikanten gab es hier immer zu hören: das Schnauben, das Rasseln, das Stampfen der Eisenbahnhölzer, und die Tränenklänge, die langsam anrückende Leichenzüge begleiteten. Gertrud gewöhnte sich besser an die Trauermusik als an die andere. Früher hatte sie in der Nähe des alten Kirchhofes gewohnt; nun war es ihr oft, als sei sie zwischen weit weg gewesen an einem ganz anderen Ort, sei jetzt aber wieder in die Heimat zurückgekommen. Nur das eine störte sie an der neuen Wohnung: das krägerische Haus lag jetzt nicht mehr ganz so fern; der nächste Weg zum Bahnhof führte an ihm vorbei, sie aber machte lieber einen Umweg. Sie mochte die Frau nicht sehen, jetzt noch weniger als damals. Das Wohnen in der alten vertrauten Gegend weckte die Erinnerungen stärker auf. Liebe Erinnerungen an ihn, mit dem sie hier abends am Bahndamm entlang geschlendert

war — dort bei der Unterführung im Dunkeln hatte sie sich zum erstenmal von ihm küssen lassen — böse Erinnerungen an seine Mutter, deren Herz so verhärtet und verdorrt war wie die Heide, an der die Leute sich müde gruben. Wie hatte sie die Frau so gehaßt wie jetzt. Aber für ihn hatte sie keinen Hohn mehr und kein Gefränksein. Wenn sie ihn doch wenigstens hier auf dem Kirchhof hätte!

Mancher Soldat wurde vorbeigeführt zur letzten Ruhe. Dann stand sie mit brennenden Augen und sah dem Jüge nach. Sonntags war es ihre einzige Erholung, auf den Kirchhof zu gehen, dann schmückte sie die Gräber der Soldaten, mitten im Kirchhof war noch ein Kirchhof angelegt, bloß für die. Sie sammelte von den kleinen gelben Immortellen und den bräunlichen Kapenbüschen, den einzigen Blumen, die zu finden waren. Sie verstand es, sehr schöne Kränze daraus zu binden; das hatte sie abgeduckt, damals, als sie noch in der Kranzbinderei bei dem Gärtner wohnte. Damals, in jener glücklichen Zeit! Gustav hatte einmal gesagt: "Den Brautkranz müßt du dir selber binden, keiner kann's so schön wie du" — ja, wenn seine Mutter nicht gewesen wäre! Dann hätte sie ihren Myrtenopf nicht zum Fenster hinauszusetzen brauchen, daß er unten zerschelte. Wenn sie den fremden Soldaten um ihre Kränze aus Birkenstamm solch einen Jamortellenkranz hing — Blüthen an Blüthen dicht aneinandergefügt, den Kranz rund gewunden wie eine goldene Kette — war es ihr, als hinge sie ihn um sein Kreuz. Dann hielt sie die kleine Hand ihres Knaben, der nun schon neben ihr herwadeln konnte, fest in der ihren und sagte ihm vor: "Pap-pa, Pap-pa!"

Wenn nur nicht die Angst gemeinen wäre, die Angst ums tägliche Brot. Wer irgend konnte, schaffte sich etwas ein. Die von der Hand in den Mund leben, die konnten das freilich nicht, aber es gab viele wohlhabende Leute. Die Schaufenster der Läden, die am Morgen noch überfüllt schienen von allerlei Nischen — Fisch, Fleisch, Gemüse, Konserven, Honig, Schokolade, Puddingpulver, Sahne in Flaschen, kondensierte Milch — waren am Abend so leer wie ausgefragt. Eine Hausfrau sagte es der anderen: "Wissen Sie schon? Heute gibt's Kal in Gelee — Makrelen in Butter — Heringe in Tomaten — Fischköße!" Alles Auslandsware; Holland, Schweden, Dänemark wurden reich daran.

Und an Gulasch. Gulasch! Da rannte jeder, der's bezahlen konnte. Nie waren Käuferinnen so lebenswürdig gegen Verkäuferinnen wie jetzt; man bettelte förmlich um die Waren, die man doch so hoch bezahlte.

Was aber dann, wenn die Knappheit noch schlimmer wurde? Dann war für die, die das Geld nicht so flüchtig hatten, nichts da. Das hieß der Mißgunst und der Unzufriedenheit Sporen geben. Es gab schon jetzt hungrige Augen genug und begehrliche Hände.

Mit einem Bangen, das ihre Seele bis jetzt nicht gekannt hatte, sah Hermine von Voigt in die Zukunft. Sie hatte es immer vermieden, sich an die Spitze von Vereinen zu stellen, es waren genug andere da, die das lieber taten als sie. Aber nun kam ihr doch der Gedanke; auch die mußte ans Werk, du darfst dich nicht länger zurückhalten. Wenn doch die Gemeindevorwaltung so ähnlich wie der Magistrat im großen Bezirk hier einen Lebensmittelverkauf mit einer gerechten Verteilung einrichten würde. Es waren noch Frauen der höheren Stände genug da, die nicht in Lazaretten pflegten oder bei anderen Wohlfahrtsanstalten sich betätigten, auch im eigenen Haushalt nicht selber zu arbeiten brauchten, und denen es nichts schaden würde, wenn sie merkten, wie es tut, Stunde um Stunde hinterm Ladentisch stehen. Sie würden es auch gern tun; noch war nicht alle Begeisterung erloschen, und der Wunsch, zu helfen, zu dienen, noch nicht ganz untergegangen in der Heijagd, sich selber zu versorgen.

Es war eine schlaflose Nacht, in der die Generalin auf diesen Gedanken kam. Ach, sie hatte jetzt oft schlaflose Nächte! Die Kriegserklärung Italiens an Deutschland, die noch ausstand, war ja nur eine Frage von Tagen mehr, nur eine Formfrage, man führte ja längst miteinander Krieg — aber wie würde es mit Rumänien werden? Im Osten, in Wolhynien, tobten heftige Kämpfe, im Westen donnerte es noch um Verdun, und schon begann an der Somme ein neues Ringen. Ueber England schwebten die Zeppelein und waren Bomben ab, aber unerschütterlich dadurch, verurteilten sie in London den edlen Casement zum Tode. In Flammen und Blut und Rauch erstücte die Welt. Es war zuviel, zuviel — wer konnte da schlafen?!

(Fortf. folgt.)

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse



**1 Likörsatz** Tablet mit 4 verschiedenen Weinh... **95 Pl.**



**4 Gewürztonnen** sortierte Verzierung... **95 Pl.**

### Stelngut

**3 Kinderteller** tief oder flach **95 Pl.**  
**4 Speisenäpfe** ..... **95 Pl.**  
**1 Essig- oder Oelflasche** **95 Pl.**  
**1 Schüssel** tief..... **95 Pl.**  
**1 Salatschüssel** Festform **95 Pl.**

### Emalle

**1 Maschinentopf** ..... **95 Pl.**  
**1 Bratpfanne** ..... **95 Pl.**  
**1 Speiseteller** ..... **95 Pl.**  
**1 Tasse** ..... **95 Pl.**  
**1 Schöpftüffel** ..... **95 Pl.**  
**1 Schüssel** ..... **95 Pl.**

### Porzellan

**1 Milchtopf** mit Goldrand .. **95 Pl.**  
**1 Milchtopf** mit reicher Goldverzierung **95 Pl.**  
**4 Kinderbecher** mit Bildern **95 Pl.**  
**2 Abendbroteller** mit Goldrand .. **95 Pl.**  
**1 Blumenvase** mit reicher Verzierung. **95 Pl.**



**1 Kompottschüssel** besonders reich. Pressemuster **95 Pl.**



**3 Kompottschüsseln** Viereck. schwarz. Pressemuster **95 Pl.**



**1 Tunkenschüssel** **95 Pl.**



**1 Teekanne** Porzellan, verziert .. **95 Pl.**



**1 Gebäckkasten** in hübschen Mustern ..... **95 Pl.**



**1 Butterdose** versch. Muster **95 Pl.**



**1 Blumenvase** schwarzes Pressemuster **95 Pl.**



**1 Messerkasten** ... **95 Pl.**

### Wirtschafts-Artikel

**1 Vorratsdose** verschiedene Muster ..... **95 Pl.**  
**1 Aermelplättchrett** ..... **95 Pl.**  
**1 Einheitstasche** ..... **95 Pl.**  
**1 Brotkorb** ..... **95 Pl.**  
**1 Glanzbürste** ..... **95 Pl.**  
**1 Scheuerbürste** ..... **95 Pl.**  
**1 Kleiderbürste** ..... **95 Pl.**  
**1 Messerputzbrett** ..... **95 Pl.**  
**1 Abstäuber** ..... **95 Pl.**  
**1 Tischmesser** ..... **95 Pl.**  
**1 Esslöffel** ..... **95 Pl.**  
**1 Essgabel** ..... **95 Pl.**  
**1 Dosenöffner** ..... **95 Pl.**

### Glas

**5 Kompotteller** Form Weinblatt **95 Pl.**  
**4 Kompotteller** Diamantmuster .... **95 Pl.**

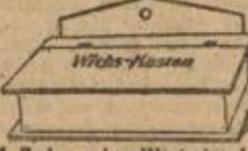
### Parfümerien

**1 Zahnbürste** ..... **95 Pl.**  
**3 Rasierklingen** ..... **95 Pl.**  
**1 grosse Tube Lebona-Creme** **95 Pl.**

### Waschpulver

„Die neue Welt“ **95 Pl.** leicht schäumend Paket

**1 Zelluloid-Seifendose** .. **95 Pl.**  
**10 Pakete Blitz-Blank** ... **95 Pl.**



**1 Putz- oder Wischkasten** mit Schrift ..... **95 Pl.**



**1 Deckelhalter** **95 Pl.**



**1 Löffelhalter** ..... **95 Pl.**



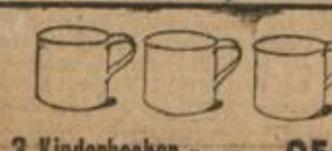
**1 Königskuchenform** **95 Pl.**



**3 Weingläser** go-präsent **95 Pl.**



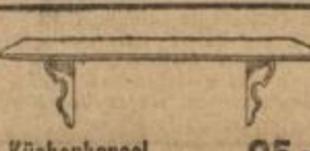
**1 Marmeladendose** **95 Pl.**



**3 Kinderbecher** Emalle .. **95 Pl.**



**3 Gewürz dosen** mit Delikatessenmuster. **95 Pl.**



**1 Küchenkonsole** ..... **95 Pl.**



**2 Tassen** mit Untertassen, weiss ..... **95 Pl.**



**1 Kammkasten** ..... **95 Pl.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband,** Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied...

**Max Schöneich** Schreinerstr. 29 am 28. Februar gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Sonntag, 9. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in der Hermannstraße aus statt. Begeleitigung wird erbeten.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied...

**Zanon Banaszkiwicz** Weberstr. 25 am 5. März gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Sonntag, 9. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Michael-Kirchhofes in Neu-Wilmersdorfer Weg aus statt. Begeleitigung wird erbeten. Die Ortsverwaltung.

Wichtig und unerwartet erkrankt, durch einen Unfall, am 28. Februar, mein lieber Mann und treuherziger Vater, der Mitglied...

**Max Schöneich.** Dies zeigt sich betriebl. an Frau Marie Schöneich und Sohn. Die Beerdigung findet heute Sonntag, 9. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Neu-Wilmersdorfer Weg aus statt.

**Spezialarzt** Dr. med. Laabs febr. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Operation. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Herzklopfen, Bluthochdruck, Harn- und Bluthinterhaltung. Königstr. 84/86, Sprechst. 10-12 u. 5-9, Sonnt. 10-1.

**Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe** (Deutsch. Senefelder-Bund). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied...

**Karl Stürzinger** am 6. März im Alter von 62 Jahren an Nierenleiden verstorben ist. Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzenallee aus statt. Um rege Beteiligung erachtet 156/30 Die Verwaltung.

**Deutscher Transportarbeiterverband,** Bezirksverband Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mitglied...

**Leopold Bielitz** von der Firma Dert, Köpenicker Straße, am 2. März im Alter von 62 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Fabrik-Kirchhofes, Hagenstraße, aus statt.

Ferner starb unser Kollege, der Mitglied...

**Paul Otto** von der Firma Hellen-Bäckerei, Steglitz, am 5. März. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Marien-Kirchhofes, Wilhelmshagen, aus statt. Ihre Ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

**Landhaus,** Schulzenhöfe in Stallberge, best. aus geschl. Bohlen, Döhrig, elektr. Licht, Gas, Wasser u. Stall, elektr. Badstube, in Friedhofsbogen, ist sof. veräußert. Angebotsfrist entg. Fr. Kähler, Faßbergstr. 12, Döhrigstr. 40.

**Dankagung.** Für die Beweile herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester

**Gertrud** sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern innigsten Dank.

**August Hitze** Frau und Kindern.

**Unentbehrlich** für jeden Haushalt, Beamten, Arbeiter und Pflanzenerzeuger ist meine Hand-Näh-Ahle „Einzig“

D. R. G. M. Jeder sehr ein. Sattler u. Schuster. Sie nützt Sieppische wie die Maschine. Man kann auch ohne Bedienung selbst führen. Nicht zu verwechseln mit anderen unentbehrlichen. Preis p. Stück mit 3 verschiedenen Nadeln u. 4,00 2 Stk. 7,50 4 Stk. nur 14,-

versendet unter Nachn. Porto u. Verpackung frei. (Als Geld nur gegen Einzahlung des Betrages. Versandhaus Georg Boh, Strassburg i. G. Saargemünder Straße 40.

Bitte beim Einkauf zu beachten: Anfolge der praktischen Vorteile unerreicht u. einzig bestehend. Mit einem Band anschnüren u. einstellbare Nadeln. Vermeid. od. zu schnelles Abrollen des Fadens durch Feder-Vorrichtung ausgeschlossen.

## Pelz- und Plüschmäntel!!

Echter Fohlenmantel, ziemlich lang, in Qualität ..... 700-1000,-  
 Real Electric Gleichform, auf Büttenside ..... 600-1000,-  
 Persischer Kückenmantel mit breiten Verbrüngen ..... 600-900,-  
 Realplüsch auf Seidenfutter ..... 1000-1500,-  
 Goldplüsch, leichte Form ..... 250-450,-  
 Astrachanmantel mit Pelzbesatz ..... 100-275,-

## Frühjahrs-Neuheiten!!

Einzel-Modelle  
 Kammerkostüme, reines Woll ..... 240-450  
 Seide, Phantasiestoffe ..... 165-370  
 Seid. Gummimantel ..... 150-210  
 Seid. Mantelkleider ..... 100-200

### Imprägnierte Seidenmäntel, fescche Modelle, weite Glockenschnitte,

100, 115, 135, 170-235.

Weite Umster, beste Stoffe, dicke, mollige Qualitäten, 150-250.  
 Röcke, Gesellschaftskleider aus Woll, Seide in großer Auswahl.

## Einsegnungskleider.

# Westmann,

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstraße 37a  
 2. Geschäft: Berlin N6, Gr. Frankfurter Str. 115.  
 Sonntag-Geöffnet 12-2 Uhr.

## Möbel-Beiser

**Lothringer Straße 67** liefert gegen bar und bequemste Teilzahlung **Bürgerliche Wohnungseinrichtungen.** Komplett aufgestellt. **Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herranzimmer. Einzelne Möbel und farbige Küchen in großer Auswahl.** Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

### Verein der Kleingärten-Pächter Blankenburg-Berlin.

## Achtung! Laubenland!

Hier unserer neu errichteten Abt. Buchholz sind noch mehrere Parzellen zu verpachten. Auskunft erteilt unter Abt. Vorsitzender Herr Hacker, Buchholz, Buchhofstr. 23. Sonntags bis 10 Uhr vorm. in seiner Wohnung, nachdem auf dem Gelände. 95/6 Der Vorstand.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bein-kränke. Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsunfähigkeit in Gr. Homeyer & Co. konz. Labor. 1. Hantenters. Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 61** gegenüb. **Königstr. 56/57** Rathaus. Sprechst. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, 2 Teilzahl. Separates Damenzimmer.

## Zahngebisse,

Matin, Gr. 7,50, Metten, Ringe, Gebisse taust **Frau Wagner,** Saffertstr. 18 I (Alexanderplatz).

Direkt von der Hochbaugewerkschaft

## Möbel-Blöggau

Kottbuserstr. 28  
 Gegen bar u. auf Kredit  
 Spezialzimmer-Schlafzimmer-Verandazimmer  
 Küchen u. s. w.

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd

**Fleisch- u. Wurstwaren:** Paul Müller, Friesenstr. 22.  
**Mehlmüller, Kolonialw.**  
 Joh. Pietsch, Gnelsonstr. 97.  
**A. Schleinitz, Mariannenstr. 14.**

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-West

**Fliegenhautekzeuge:** Otto Gaege, Kottbuserstr. 110.  
**Charlottenburg:** Otto Gaege, Mohlenstr. 11.  
**Königsplatz, Kottbuserstr. 110.**

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-West

**Spezialwaren:** A. Kieper, Friedrichstr. 23. Damen-, Kinder-Konfektion.

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-West

**Paul Gaege** Mehl und Kolonialw. Bräutestr. 57, Sadowalderstr. 15/16, Pichelsbergerstr. 15.  
**Haus- und Küchengeräte:** Hermann Finck, Köpenickerstr. 87, Schönwalderstr. 87, A. Markgraf, Hagenstr. 17, Eck, Jägerstr. 10, Gr. Frankfurterstr. 10, Goldschmiedestr. 10, Torow Markstr. 10, Sagerstr. 10.

Parteinachrichten.

Fortschritte der Partei in Köln.

Nicht nur das Kölner Parteiblatt, auch die Kölner Parteiorganisation kann von guten Fortschritten berichten. Die Parteiführer Rungel in der Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins berichtete, sind in den letzten sieben Monaten über 1100 Mitglieder neu aufgenommen worden.

Ist das „unabhängig“?

Man schreibt uns: In einer großen Zahl von Zeitungen las ich dieser Tage, daß der badische „Unabhängige“ Adolf Ged (Offenburg) sich im Landtag beschwert hat, weil ihm und einigen Volkswärtern, die mit ihm im gleichen Abteil saßen, unterwegs vom Schöffner „bedeutet“ worden sei, sie hätten in Baden-Dos das Abteil zu räumen, da eine „fürchtliche Person“ angefaßt sei, für die ein ganz besonderes Abteil reserviert werden müsse.

häbige Kleinrentner von den Arbeitern „revolutionäre Aktionen“; er selber ergreift aber schon die Flucht, wenn eine gänzlich unbewaffnete „fürchtliche Person“ signalisiert wird.

Warum ich in der Kriegszeit Sozialdemokrat wurde?

Auf diese Frage antwortet in der „Münchener Post“ ein bayerischer Jurist wie folgt: „Zumeist wird man in seine Partei hineingeboren. Meine Wiege stand an der Grenze der demokratisch freiheitlichen Partei. Pann kam der Weltkrieg. Die deutschen Sozialdemokraten waren keine „vaterlandslosen Gesellen“ und nahmen die Flinte auf den Rücken zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den Überfall feindlicher Horden und zur Rettung des heimischen Herdes vor Kollaps und Jargonismus.

Eingegangene Druckschriften.

Die Eintommenssteuer der Kriegsteilnehmer in Preußen. Von Dr. Paul Karasek. R. 4.—, Verlag W. B. 57, Buchhandlung, Berlin S. 14. Der Krieg 1914-18 in Wort und Bild. In 10 Teilen à 3.—, 35. Deutsches Verlagshaus Dong u. Ko., Wien-Stuttgart, Berlin-Weizig. Ueber einen Verhandlungsfrieden und seinen sittlichen Sinn. Verlag H. Weber, Hamburg u. Elbe.

Gefahren und Verhütung der Erkältungskrankheiten. Von Dr. med. Engelmann. R. 2.—. Das Geschlechtsleben im Weltkrieg. Von Dr. G. Vorberg. R. 2.—. Verlag Otto Schmidt, München. Todeslauf zwischen Schiffbauern und Schiffverfertigung. Von R. Kruvial. R. 1.—. Das Jahr der Bühne. Von Siegfried Jacobsohn. R. 5.—. Verlag Decherhölz u. Co., Berlin. Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Befreiungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Herausgegeben vom Reichsinstitut für Seeverkehr und Weltverkehr an der Universität Kiel. 1. Abteilung: England. Bearbeitet von Ernst Schuler und Dr. Hans Webers. (Preis R. 13.50.) III. Abteilung: Japan. Bearbeitet von Konrad Leo Ulrich. (Preis R. 9.—.) Verlag von Gustav Fischer, Jena. Die Bedeutung des Sozialismus. Von Max Adler. Fr. 30 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung August Brand u. Co. Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt. Von Prof. Felix Gier-Somlo. Fr. 4 R., geb. 5 R. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Grieben), Berlin. Lebensinhalt. Ein Vermächtnis deutschen Glaubens. Herausgegeben von Friedrich Heberger, verlegt bei Otto Reichel, Berlin W 50. Fr. im Leinwand geb. 5 R. Entscheidungen des kgl. preuss. Ober-Verwaltungsgerichts. 72. Band. Carl Neumanns Verlag, Berlin. Fr. 12 R. Neuorientierung der Volksschule. Von Dr. Walter Sopp. Verlag Hermann Weber u. Sohne, Langensalza. Fr. 10 R. Die Zwangsversteigerung gegen Kommunalkassen in Preußen. Von Dr. Ludwig Walbecker. Verlag W. Koefler, Buchhandlung, Berlin S 14. Fr. 1.25 R. Das Zwangshandwerk in der Schuhindustrie. Von Dr. Reinger. Verlag W. Koefler, Buchhandlung, Berlin S 14. Fr. 0.75 R. Der deutsche Volksstaat. 2. Heft. Theodor Heyß. Die Bundesstaaten und das Reich. Verlag „Fortschritt“ G. m. b. H., Berlin-Schöneberg. Fr. 1.50 R. „Maler Frieden“. Rede, gehalten im freien Bürgerausschuß zu Krasnau a. M. Von Bernhard Bernburg. Verlag Reich u. Adlers, Frankfurt a. M. Stepple. Geschichte eines russischen Jungen in deutscher Kriegsgefangenschaft. Von Adolf von Hobeitz. — Mitzelt bereit! Von Paul Grabein. Beide Verlag Witten u. Voering, Krasnau a. M. Fr. je 1.25 R. Die Berliner Gebirgschulen. Von Mordechai-Florescu-Boff. Verlag Teuer u. Söhne, Langensalza. Fr. 4.80 R. Ein Germane. Von Bengt Berg. Verlag A. Dunder, Weimar. Preis geb. 3.50 R. Deutschlands Dichter. Von Ernst Krauß. Verlag R. Kienle, Hofheim am Taunus. Die Verwahrlosung. Ihre anthropologisch-psychologische Bewertung und ihre Bekämpfung. Von Dr. A. Gregor und Dr. H. Feigl. Verlag von E. Karger, Berlin. Zwangshandwerk und Staatsmonopol. Von Otto Brandt-Düffel. Hermann Kollhoff, Berlin-Zehlendorf-Bez. Fr. 1.50 R. Das australische Arbeiterparadies in Gefahr. Von Prof. Alfred Rames. Berlin. Verlag Reich. Erste, Stuttgart. Fr. geb. 2.50 R. Die parlamentarische Regierungsgewalt Englands in Vergangenheit und Gegenwart. Von Rud. Köhner. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen. Fr. 1.35 R. Wilhelm Ehr zum Gedächtnis. Verlag Fr. A. Verthes, Gotha. Pösnitz. Eine Erzählung von Karl Sternheim. Verlag Hochstim, Berlin. Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Berlin. Von Prof. Blachsch. Verlag E. Karger, Berlin. Fr. 5 R. Friedenspflichten des Einzelnen. Verlag Fr. A. Verthes, Gotha. Fr. 4 R. Die Vorschriften über die Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs. Verlag J. C. B. Mohr, Stuttgart. Der Heberländer. Von A. Köster. Kriegsbilder aus Frankreich und Nordern. Fr. 40 Pf. — Auch Giner. Von J. Th. Wäger. Teil I. 1.20 R. — Kriegskalender 1918. Teil II. 40 Pf. — Ein deutscher Gardar. Von Ulfie Bekk. 40 Pf. — Zante Tischen. Von Karlin Krebber. 40 Pf. — Willkürverwaltungsordnung. 80 Pf. — Blücher's Briefe. 40 Pf. Verlag Reclam, Leipzig. Der Barbarenwald. Roman von R. G. Olfan-Riedel. Verlag E. Berggraben, Berlin. Geb. 6.50 R.

Feurig süßer Santa-Lucia-Wein Känlich in Apotheken, Drogen- u. Delikatesen-Geschäften. Zähne mit und ohne Platte, nur Friedenskautschuk, Goldkron., Brück., Plomb., Umarbeitung schlechtester Gebisse, Repar. auf Zahnzah n. Metall. Bill. Preise, a. Teilt. Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstr. 185, nahe Invalidenstraße. Sprechz. täglich 9-7, Sonntags 9-12 Uhr.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 3 Uhr: Tanz-Matinee. Lillibül Christenson, Katta Sterna, Ernst Matray. 7 Uhr: Macht der Finsternis. Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Kinder der Freude. Volksbühne. Theater am Blünowplatz. Untergrund. Schönk. Tor. 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt. Dir. G. Meinhard — R. Boranauer. Theater Königgrätzerstr. 7 1/2: Die Helden auf Helgoland. Komödienhaus. 8 U.: Die Straße nach Steinschach. Berliner Theater. 7 Uhr: Blitzblauer Blut. Rose-Theater. 3 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel. 7 1/2 Uhr: Eine Waise.

Theater für Sonnabend, 9. März. Central-Theater. Kommandantenstraße 57. 7 1/2: Die Csardasfürstin. Morgen 3 1/2 Uhr: Jugend. Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Nanie. Komische Oper. 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädchen. 3 1/2: S.-V.: Schwarzwaldmädchen. Morgen 3 1/2: Die Kinokönigin. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädchen v. Lindenhof. Morgen 3 1/2: Ein toller Einfall. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus. Schiffbld. 4a. Kassens. N. 281. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Der junge Zar. Schiller-Theater 0. 7 1/2 Uhr: Die Ehre. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Othello. Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen. Theater am Nollendorferplatz. 3 1/2 U.: Ein g'lockt. Familienvater. 7 Uhr: Zwei alte Töchterlein. Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher. 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

Cöpen-St. 68. NATIONAL-THEATER 5 Minuten Jannowitzbrücke. Ganz Berlin spricht von: Die ist richtig! . . . Tägl. 7 1/2. Musik: Walter Bromme. Tägl. 7 1/2. !!! Größter Lacherfolg !!! Sonntag 3 1/2: Studentenlebenchen. (Preis 1,50-3 M.)

Deutsche Faserstoff-Ausstellung. Ausstellungshallen am Zoo. Täglich geöffnet von 10-5 Uhr. Eintritt 1 Mk.

Reichshallen-Theater. Alleabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittag 3 Uhr. Stettiner Sänger. Zum Schluss: Mein Weihnachtsträumchen. Nachmittags ermäßigter Preis!

Schwarzer Kater. Friedrichstr. 163. Ecke Behrenstraße. Claire Waldoff. Willi Prager. Milda Breiten. Mizzi Dressl. u. das hervorragende März-Programm.

Voigt-Theater. Sadstr. 58. Sonnabend, den 9. 3., 7 1/2 Uhr: Arturs Flitterwochen. Verlorene Ehre.

Büsch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U. Das neue Märzprogramm! ? Das lebende Aquarium! ? Die schöne Creolin! ? Türkische Fakire u. Vulkanmenschen. Klari Reinsch, Scholreiter auf „Csardasfürst“. Rapos lust. Landwehrmann. Louis Blumenfeld, Frohholtdrassuran. 9 Uhr Mondfahrt. 9 Uhr

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Mühlentendel.

Kaffee Luitpold. Holzstraße 15. Täglich: Kabarett Danny Gürtler II. der König der Boheme. Ina Marcolle, Max Ros, Molly Morley, Leo Führmann. Kapelle Otyroky.

Der große Varieté-Spielplan dazu. Gastspiel: Frieda Hess, Kgl. Solotänz. Jan Trojanowski, Hofb.-Mstr. Grete Ackerermann, Joh Hennig, Dora Posters, Gertrud Müller, Erna Fritz, Grete Richter, Barbara Poitz, Irmgard Adler vom Ballett des Kgl. Hoftheater Dresden.

URANIA. 8 Uhr: Die Ukraine.

Admiralspalast. Heute 7 1/2 Uhr. Abrakadabra. Deutsche Tänze v. Schubert. Vorzügliche Küche.

Apollo. Friedrichstr. 218. 7 1/2. Der Flieger von Tsingtan. Sonntag 3 1/2 Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei! Theaterkassas ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Casino-Theater. Köthlinger Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11. Nur noch bis inf. 20. März; Samstagsfrühe und das neue Märzprogramm. Donnerst. 21. März. 3. 1. Reihe: Anna Traum. Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2. Pers. Auftr. Paul Heidemann in der Film-Operette „Paulchens Badenbenteuer“ u. das neue März-Programm.

Trianon-Theater. 7 1/2, 8 am Dht. Friedrichstr. 7, 8. Tel.: Zentrum 4927 und 2391. Der Lebensschüler. Komödie von Ludwig Fulda. Ida Wast, Erich Kaiser-Titz, v. Möllendorff, Flink, Kottner. Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannistauer.

Kabarett Tivoli. Bunte Vorträge. Spielfolge vom 1.-15. März: Mia Fellner, Egon Piton, Nana u. Fernand, Arthur Zahl, Freifrau v. Broich, Krämer-Wolff. Täglich zwei Kapellen. Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr. Kottbuser Damm 95. Fernspr.: Moritzpl. 14533

Möbel. Speise-, Schlafzimmer, Herrenzimmer, kompl. Wohnungseinrichtungen, reizende moderne bunte Küchen. große Auswahl mäßige Preise — bar — Zahlungsverleicherung. Neugebauer Charlottenburg. Wilmersdorfer Str. 128. Ecke Schillerstr. 1.

Zirkus A. Schumann. Dht. Friedrichstr. Anf. 7 1/2. Nur noch kurze Zeit. U. a.: Tilly Bébé. 16 dress. Elefanten. Entkleidungs-Szene. In der Luft. Zoo. Nach. Reck Gebr. Patrok und die übrigen Spezialitäten. Mexiko. Gr. Origin.-Ausst.-Pant. Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2, Uhr. Nachm. Kleiner halber Preis.

Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91. Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters, Leiter: Komponist Franz von Blon. Anfang 7 1/2, Uhr. Morgen, den 10. März: Großes Doppel-Konzert eines Reserve-Infanterie-Regiments, Musikleiter: Prouso.



Hinzu: „Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit nach Friedensschluss gesichert werden soll, geht schon zu bestimmen, wäre verfrüht, das muß den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Selbständigkeit grundlegend zu beeinflussen wird vor allen Dingen auch Sache des flämischen Volkes selbst sein.“ Flanderns Volk werde erkennen müssen, daß jetzt oder nie sich ihm die Möglichkeit bietet, die Grundlagen für jene Selbständigkeit zu schaffen, auf die es einen unverjährbaren Anspruch habe.

Die Rede des Herrn v. Falkenhaußen hat begreiflicherweise bei den Alldeutschen hellen Jubel erweckt. Diese erblicken in ihr das Programm eines Gewaltfriedens für den Westen, wie er eben für den Osten zustande gekommen ist. Die Selbständigkeit Flanderns ist ihnen natürlich ganz gleichgültig, sie wollen aber die flandrische Küste zur Vorbereitung des „zweiten punischen Kriegs“ gegen England: ein Ziel, das ohne die vollständige Niederkämpfung der Westmächte nicht zu erreichen ist. Eine weitere Klärung der Stellung, welche die deutsche Regierung in der belgischen Frage einnimmt, ist unerlässlich.

## Die englischen Kriegsfinanzen.

### Die größte Kreditvorlage.

London, 7. März. Im Unterhaus brachte Bonar Law einen Gesetzentwurf über einen Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling ein und führte dabei aus, dies wäre die größte einzelne Kreditvorlage, die vor das Haus gebracht worden sei. Im Dezember hätte er eine solche von 550 Millionen eingebracht und dabei die Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie die letzte bis zum Ende des Finanzjahres sein werde, höchstens mit einem kleinen Ergänzungsentwurf. Er wäre froh, zu sagen, daß kein Ergänzungsentwurf nötig sein würde und daß der Entwurf vom Dezember bis zum Ende des Finanzjahres anreichen würde. Der Durchschnitt der täglichen Kriegsausgaben seit Beginn des Finanzjahres vom 1. Februar ab betrage 6 557 000 Pfund. Mit Bezug auf die den Alliierten gegebenen Anleihen sagte er, er erkenne an, daß das, was sich in Rußland ereignet habe, es zweifelhaft mache, ob das ganze an Rußland vorgestreckte Geld zurückerstattet werden würde.

Sodann sagte Bonar Law: Die gegenwärtige Uebererschreitung der Ausgaben über den Haushaltsanschlag werde auf 154 250 000 Pfund geschätzt. Die Hauptverursacher sei durch das Meer verursacht. Eine der Ursachen sei die Ausdehnung der Kriegshandlungen in Mesopotamien und Palästina, was große Eisenbahnbauten und Vorsehrungen für den Fluchverkehr bedingt habe. Dazu komme die größere Stärke des Heeres und der Sold für eine große Zahl von Soldaten außerhalb Englands. Auch die Ausdehnung des Programms für den Flugdienst verlange einen Zuschuß von mehreren Millionen. Die Wehrausgabe von rund 13 Millionen für die Flotte sei verursacht worden durch das Anwachsen des Mannschafbestandes, Wöhrung und Unterhalt. Mehr als 17 Millionen seien nötig, um den Wraspreis nicht steigen zu lassen.

### Die Anleihen an die Alliierten

erreichten 1284 Millionen und an die Dominions 108 Millionen. Dies stelle eine Zunahme von 437 Millionen an die Alliierten und von nur 33 Millionen an die Dominions dar. Die Gesamtsiffer der Verschüsse an Rußland läge im Augenblick nicht angegeben werden, solle aber möglichst bald mitgeteilt werden. Den Schätzungen nach werde die Staatsschuld am Ende des laufenden Etatsjahres 5900 Millionen nicht übersteigen, einschließlich 1000 Millionen Darlehen an die Verbündeten und Dominions.

Bonar Law sprach sodann über

### die militärische Lage.

Das ganze deutsche Kolonialreich sei verschwunden. Der militärische Erfolg Rumaniens sei völlig von der Mitwirkung Rußlands abhängig gewesen. Für England wäre es den Umständen nach auch völlig unmöglich gewesen, Rumänien zu Hilfe zu kommen. Gegenwärtig länden Friedensverhandlungen zwischen Rumänien und den Mittelmächten statt und man könne nur noch einmal die Sympathien für jenes Land ausdrücken und das Bedauern darüber, daß außerhalb der Macht Englands liegende Umstände es unmöglich gemacht hätten, dem Verbündeten zu Hilfe zu kommen.

In Bezug auf Mesopotamien und Palästina bemerkte Bonar Law, daß er während des ganzen Krieges sehr für die Theorie eingenommen gewesen sei, daß, da die Mittelmächte gemeinsam kämpften wie die Glieder einer Kette, man die Kette zerreißen würde, wenn man ein Glied zerbräche. Aber es handle sich hier nicht um Theorien, sondern um militärische Möglichkeiten, und er zweifle, ob es jemals möglich gewesen wäre, entscheidende Operationen durchs Meer herangeführte Truppen durchzuführen. Auf jeden Fall sei es England kaum möglich gewesen. Als es genügend Tonnage hatte, hatte es nicht genügend ausgebildete Truppen, und jetzt machten die Schiffsraumverhältnisse es unmöglich, sehr starke Kräfte dort hinzubringen. Kein maßgebender Soldat oder Zivilist habe je gesagt, daß England den Ereignissen im Osten gleichgültig gegenüberstehen könne, doch habe auch nie ein maßgebender Soldat bezweifelt, daß die Westfront genügend Mannschaften haben müsse, um jedes erforderliche Ergebnis dort zu erzielen.

Weglich Palästina sagte Bonar Law: Die ganze Welt war tief bewegt, als die Palästinaexpedition in der Einnahme von Jerusalem ihren Höhepunkt erreichte. Aber der Höhepunkt ist nicht das Ende und man darf den Erfolg nicht nur als einen politischen und moralischen ansehen. Vom Standpunkt unserer Stellung in Indien ist es nicht nur eine Frage moralischen Vorteils, sondern auf unserer Stärke in Indien und der Möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

In einer bestimmten Zeit stand der Vormarsch auf Bagdad in der ersten Reihe der Pläne: Gute Kenner Indiens stellten der Regierung vor, daß auf die Millionen Indiens die Einnahme Bagdads größeren Eindruck machen würde, als jede andere denkbare Operation. Was wäre heute die englische Stellung im Osten, wenn sich der erzwungenen Aufgabe der Dardanellexpedition die Expedition in Mesopotamien nach der Einnahme von Kut, aber die Expedition in Palästina nach den vergeblichen Versuchen, Gaza zu nehmen, aufgedrückt hätte. England kann offenbar Ägypten nicht aufgeben, außer wenn das britische Reich völlig bröckeln würde. Um Ägypten vor einer Invasion zu schützen, bedarf es nach Richters Ansicht einer viel größeren Truppenmacht, als sie in Mesopotamien und Palästina operiert hat.

Der Saloniki-Feldzug ist oft kritisiert worden, aber die Lage wird immerhin ganz richtig verstanden. Wenn die Truppen in Saloniki sich nicht in befriedigender Lage befinden, so sind die Ereignisse in Rußland daran schuld. Wir hatten niemals erwartet, daß diese Truppen sich rein defensiv verhalten würden, aber die Ereignisse in Rußland vertrieben unsere Pläne. Wir geben zu, daß die dortige

Lage gefährlich werden kann. Aber nach allen unseren Informationen würde eine Expedition der Mittelmächte lohnspielig für sie werden, und sie würden jeden Meter, um den sie die Truppen der Verbündeten zurückdrücken, teuer bezahlen müssen. Es ist nicht schwer, diese Expedition zu rechtfertigen. Ohne sie wäre König Konstantin noch auf dem griechischen Thron, und ganz Griechenland wäre von den Deutschen über den Haufen gerannt. Die griechischen Häfen länden den feindlichen U-Booten zur Verfügung und das U-Bootproblem wäre so schwierig geworden, daß wir unsere Verbindungen mit dem Osten kaum aufrecht erhalten könnten.

Ueber die Lage im Westen sagte Bonar Law: Meiner Ansicht nach wäre der Krieg im vorigen Jahre zugunsten der Alliierten beendet worden, wenn nicht die Ereignisse in Rußland eingetreten wären. Diese Ereignisse sind ein furchtbarer Schlag für die Verbündeten, aber Deutschland ist dem Frieden, den es erwartet, nicht einen Schritt näher gekommen. Die Ereignisse in Rußland verbessern die Lage unserer Feinde erheblich, aber es ist lächerlich anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Rußland ausbeuten könnte. Die neue Lage in Rußland hat die Lage an der Westfront völlig verändert. In den letzten Monaten wurden nicht weniger als 30 Divisionen an die Westfront versetzt. Fast man aber die gesamte Front vom Kanal bis zur Adria, die italienische Front einschließend, ins Auge, so haben wir die größere Truppenzahl.

London, 7. März. (Meuter.) Bonar Law sagte weiter, er zweifle, ob die Offensive kommen würde. Im Hauptquartier erwartet man den Angriff, aber die Weigade- und Bataillonskommandeure, die in täglicher Fühlung mit dem Feinde sind,

### glauben nicht, daß die Deutschen angreifen werden.

So überzeugt sind sie von der eigenen Ueberlegenheit. Die Admiralität erwartet, daß die Schiffsbauten Ende Juni die Schiffsverluste mehr als ausgleichen werden. Wenn die Verbündeten zusammenhalten, so können sie ihr Kriegsziel, die Vernichtung des deutschen Militarismus, früher erreichen. Ginge der Krieg zu Ende, ehe das Ziel erreicht ist, so wäre es eine Niederlage für England. All das Geschwätz über den Sinn von Drellings Rede ist einfach lächerlich. Wir haben die Absichten der deutschen Machthaber nicht nach ihren Reden zu beurteilen. Welchen Zweck hat es, von Drellings Annahme der Wilsonschen Grundzüge zu reden, wenn die Deutschen zur selben Zeit Livland, Estland und Kurland nehmen, und es zu einer Friedensbedingung für Rumänien machen, daß es nicht nur die Dobrudda, sondern auch andere Landesteile aufgibt. Ein Verbündeter sagte mir neulich, er höre, daß der englische Geist im Krieg schwach werde. Das glaube ich nicht. (Lauter Beifall.) Natürlich ist es richtig, daß das Land Kriegsmüde ist, aber die Engländer wissen, was die Niederlage in diesem Kriege in der ganzen Geschichte der Nation, des britischen Reiches und der Welt bedeuten würde. Wenn es möglich wäre, die Stimmung des englischen Volks auf die Frage zur Antwort zu bringen: „Wollt ihr den Krieg fortsetzen, bis unsere Ziele erreicht sind, oder nicht?“, so würde das Ergebnis unsere Feinde und unsere Verbündeten in Erstaunen setzen.

London, 8. März. Das Unterhaus bewilligte einstimmig den Kredit von 600 Millionen Pfund.

In Begründung der Kriegskreditvorlage hat Bonar Law sich erneut auf den reinen Machtkonflikt gestellt mit der Behauptung, Indien sei für England nicht nur eine moralische Frage, sondern auch eine Frage der Macht. Aus dieser Erwägung heraus sei der Zug gegen Bagdad unternommen worden. Ägypten werde England niemals räumen, ehe es nicht vollständig besiegt sei. Englische Minister haben gelegentlich versucht, die englischen Eroberungszüge in Mesopotamien und Arabien als Feldzug für die Befreiung der Völker hinzustellen. Bonar Law läßt diesen humanitären, sentimentalen Phrasenschieber fallen und sagt offen und ehrlich, England wolle Ägypten, das es erst während des Krieges annektierte, und Indien behalten, und sich zur höheren Sicherheit dieses Besitzes einen Landweg zwischen beiden quer über Vorderindien sichern. Dennoch ist die Kreditvorlage einstimmig bewilligt worden, auch die entschiedensten Friedensfreunde und Regierungsgegner haben nicht gegen sie gestimmt. Offenbar haben sie sich von der parlamentarischen Erfahrung leiten lassen, daß mit Protestabstimmungen nichts erreicht wird.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. März. Keine U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England: 18 500 Dr.-Reg.-Tz. Von den verenteten Schiffen wurden zwei tiefseelebende Dampfer im Kermel-Kanal aus einem großen, stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Verhandlung gegen Jaurès Mörder? Die Pariser Zeitungen melden, wird die Verhandlung gegen den Mörder Jaurès, Villain, am 28. März vor dem Schwurgericht des Seine-Departements stattfinden.

Gegenstandlicher Feldgerichtsbescheid. Der Feldbesitzer Komand Jarmulowicz in Czestochowa ist durch Urteil des Feldgerichts des Militärregiments Czestochowa vom 21. Februar 1918 wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Generalgouverneurs von Warschau vom 8. Februar 1916 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hat öffentlich vor einer Versammlung zu Tätschkeiten und zu Widersehtlichkeiten gegen die deutschen Behörden und zu Ungehorsam gegen Verordnungen und Anordnungen der deutschen Militärbehörden aufgeführt. Das Gericht hat ihm mildernde Umstände zugebilligt, da er andernfalls hätte zum Tode verurteilt werden müssen.

Ministerkrise in Portugal. Lissabon, 8. März. (Havas.) Die unionistischen Minister lehnten es ab, dem allgemeinen Stimmrecht für die Präsidentschaftswahl ihre Zustimmung zu geben. Infolge dessen brach eine Ministerkrise aus.

Militärreform in Spanien. Madrid, 7. März. (Meuter.) Das Kabinett entschied sich einstimmig für die Militärreform. Eine Kräfte leuchtet nicht.

## Herrenhaus.

### Hoffnung auf die Offensive.

Am Freitag ist das preussische Herrenhaus wieder einmal zusammengetreten. Natürlich sprach der Präsident zuerst über die Friedensschlüsse. Er gab seiner Freude über den Zusammenbruch Rußlands Ausdruck, ohne jedoch von dem vorhergegangenen Zusammenbruch des Jorismus zu sprechen, der dem Allpreuhentum stets so teuer gewesen ist. Jetzt haben wir, nach Herrn v. Arnim-Boitzenburg, den Rücken frei, können unsere Kräfte im Westen konzentrieren „zu einem, wie wir alle hoffen, vernichtenden und entscheidenden Schlage“. Man erledigte darauf die mehrfachen zwischen Leinizger und Prinz-Albrecht-Straße hin und her gewanderten Geseh-

entwürfe über die Schähungsämter und Stadtschaften. In dem ersten Gesetz wurde die Zuständigkeit der Provinzial-schähungsämter zur Schähung städtischer Grundstücke gestrichen und das Landesschähungsamt wieder eingeführt, so daß das Gesetz wieder an das Abgeordnetenhause wandert. Das Herrenhaus will offenbar schon vor der Wahlrechtsberatung seine Lebenskraft beweisen. Das Stadtschaftengesetz wurde dagegen in der nichterläuterten Fassung angenommen; man könnte zur Abwechslung das nächste Mal ja dieses ändern.

Man erledigte noch eine Anzahl Petitionen und vertagte die Beratung des Wohnungsgesetzes auf Sonnabend.

## Nur wieder Bettelei?

Unter der Ueberschrift „Die Kermisten der Armen“ verbreitet das W. L. B. folgenden Aufruf:

Man hat bisher geglaubt, daß die Kriegsblinden am meisten von allen Kriegsbeschädigten zu beklagen seien, weshalb sich über sie ein Strom von Liebesgaben ergossen hat, der in die Millionen geht, obwohl ihre Zahl verhältnismäßig klein ist. Weit erschütternder ist das Elend der Schwerverwundeten, deren Zahl erheblich höher ist. Darin gehören die an beiden Armen Verkrüppelten, die auf Schritt und Tritt ihrer Mitmenschen angewiesen sind, nicht einmal ihre Notdurft selbständig verrichten oder eine lästige Plage vermeiden können. In ihnen gehören ferner die durch Verletzung Verunglückten, die mit schweren Wundungen behaftet andauernd in entsetzlichen Qualen oder wahnwahnverengenden Schmerzen sich wälzen, und schließlich die Rückenmarkverletzten, die wegen Darm- und Blasenlähmung andauernd in ihrem Stuhl liegen und sich selbst zum Ekel werden. Wer einmal diesen Kummer in den Lazaretten gesehen hat, erfährt erst, was eigentlich Elend heißt. Leider haben sich für das Meer dieser Kermisten bisher wenig helfende Hände angeboten. Trotz zweijährigen Bestehens konnten die Kaiserlichen Anstalten in Magdeburg, Cöthen als Sammelstelle zur Linderung dieser Not erst 36 000 Mark zusammenbringen, während die gebührende Summe erforderlich ist, um einen früheren Anfang zu machen. Die genannten Anstalten haben die Postfachnummer Berlin 7600 und sind gern bereit, weitere Spenden zur Linderung dieser größten Not mit herzlichem Danke entgegenzunehmen.

Wir können aus eigener Anschauung und Erfahrung bestätigen, daß die Lage der Schwerverwundeten in diesem Aufruf nicht so schwarz gezeichnet ist. Aber ist es nicht eine Schande, wenn für diese Unglücklichen, die doch für die Gesamtheit gelitten haben, erst wieder der Klingelbeutel in Bewegung gesetzt werden muß? Wo bleibt der Staat? Wo der so oft verdohnte Dank des Vaterlandes? Ist das Deutsche Reich, das 5 1/2 Milliarden an Kriegsgewinnsteuern erhebt, nicht in der Lage, aus öffentlichen Mitteln diesen Märtyrern seines Daseins eine menschenwürdige Existenz zu schaffen?!

## Uebermäßiger „Verdienst am Vaterlande“.

Die Abg. Ebert, Kalkenbuhl und Scheide-mann richten an den Reichskanzler folgende Anfrage:

Nach Zeitungsberichten sind in dem Strafprozeß gegen die Geschäftsführer der Raschenaufbau-Werke in Wiesbaden von der Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden die Grundzüge der Rechtsprechung über den Begriff des „übermäßigen Gewinnes“ im Sinne der Kriegswucherverordnung als nicht maßgeblich für die Kalkulation bei den Lieferungen von Kriegsmaterial erklärt worden.

Beabsichtigen die Verbündeten Regierungen einer Durchlöcherung der Kriegswucherverordnung zugunsten der Kriegswirtschaft durch eine Ergänzung der Verordnung vorzubeugen?

## Paul Rohrbach über Rußland.

In einer gutgedachten Versammlung in der Ruffhochschule in Charlottenburg sprach gestern Dr. Paul Rohrbach über „Rußland, die Ukraine und das russische Chaos“. Er sagte u. a.: Rußland hat als Großmacht abgewirtschaftet und ist ein geographischer Begriff geworden, ähnlich dem weisland römischen Reich. Die Leichtigkeit, mit der es auseinandergefallen ist, beweist, wie wenig es als kulturelle und staatliche Einheit bestanden hat, und damit ist eine Bankrotterklärung vollzogen, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos ist. Vor dem noch Loslösung der Randstaaten übriggebliebenen Reststaat brauchen wir uns um so weniger zu fürchten, als er wirtschaftlich, militärisch, politisch und finanziell trotz seiner 100 Millionen Einwohner viel zu schwach ist, um so gefährlich zu werden. Auch ist psychologisch ein Aufleben eines Neuansehens undenkbar, das moskowitzische Empfinden ist dem westlichen in dieser Hinsicht gerade entgegengesetzt. Der Respekt vor der Stärke wird den Moskowitern unheimlich stimmen. Das beste sei darum, ihn derartig niederzuschlagen, daß ihm nie wieder Zweifel an unserer Ueberlegenheit ankommen.

So Herr Dr. Rohrbach, der schon immer die Austeilung Rußlands gepredigt hat und sich jetzt am Ziel seiner Wünsche sieht. Wie wenig er an die russische Neuansehens glaubt, zeigt sein Vortrag, den russische Neuansehenspolitiker für ihre Zwecke als Flugblatt verbreiten könnten.

Zeitungsverbote. Verboten für die Dauer von drei Tagen wurde die sozialdemokratische „Volkstimme“ in Mannheim. — Verboten für die Dauer von drei Tagen wurde die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“. — Verboten für die Dauer von zwei Tagen wurden die sozialdemokratische „Norddeutsche Volkstimme“ in Bremerhaven.

Wie konnte man auch glauben? W. L. B. verbreitet folgende Aufklärung: Durch die Presse wurde in den letzten Tagen eine Notiz verbreitet, wonach auf Veranlassung der neuen Reichsstelle für Schuhversorgung in Kürze eine wesentliche Erleichterung der Bezugspflicht für Schuhwaren erfolgen soll. Diese Behauptung ist z. B. verfrüht, die Reichsstelle für Schuhversorgung wird die Frage der Bezugspflicht für Schuhwaren in der ersten Sitzung des Beirats zur Erörterung stellen. — Wer konnte auch nur auf den Gedanken verfallen sein?

## Letzte Nachrichten.

### Sowjets und Frieden.

Haag, 8. März. „Daily News“ meldet aus Petersburg: Die Archive und Geheimdokumente des Ministeriums des Innern wurden auf Befehl Lenins aus Petersburg forgeschafft. Das Marineministerium geht nach Kasan-Nowgorod. Der Kongreß der Sowjets aus ganz Rußland wird in Moskau stattfinden. Es ist dies der erste Schritt, um die Regierung tiefer ins Innere Rußlands zu verlegen.

### Demission der spanischen Regierung.

Madrid, 8. März. (Meuter.) Das Kabinett hat demissioniert.

# Gewerkschaftsbewegung

**Der ungeheure Wucher in Papierstoffzeugnissen**  
hat den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu einer Eingabe an den Reichskanzler veranlaßt. Es wird darin gesagt:

Der Krieg hat auch innerhalb der Textilindustrie eine große Anzahl Erfindungen hervorgebracht. Den hervorragendsten Platz nimmt die Papiergarn- und Stoffherstellung ein. Nach dem Urteil von Fachleuten und nach praktischer Erprobung ist die Möglichkeit vorhanden, einen guten haltbaren Stoff zu zweien menschlicher Bekleidung und sonstigen Gebrauchs zu verwenden. Angesichts des großen Mangels an baumwollenen, schafwollenen und leinenen Erzeugnissen glaubte die Bevölkerung, es könnte ihren großen Bedarf nach Stoffen mit Hilfe der Papiererzeugnisse abgeholfen werden. Allgemein glaubte man auch, daß es möglich sei, diese Erzeugnisse zu erschwinglichen Preisen am das ärmere Publikum abzugeben. Leider haben sich beide Erwartungen nicht erfüllt. Die im Handel befindlichen Papierstoffe spotten qualitativ jeder Bekleidung. Die Ueberführung an das laufende Publikum bedeutet eine schwere wirtschaftliche Schädigung und Ueberverteilung der Verbraucher.

Wie vor kurzem an kompetenter Stelle mitgeteilt wurde, kostet eine Binde, die aus Baumwolle hergestellt, einen Preis von 75 Pf. hat, aus Papier hergestellt 4,50 M. Als Ursache der geradezu unerhörten Preise bei Herstellung der denkbar schlechtesten Qualität wird allgemein eine an Wucher grenzende Profitlust der in Frage kommenden Industriellen bezeichnet. In großen Vereinigungen zusammengeschlossen, vertiefen sie es meisterhaft, die Not des Krieges materiell zu nützen. . . . Dabei sind die Löhne der in der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen außerordentlich niedrig, und systematisch werden sie niedrig gehalten.

Der unterzeichnete Vorstand hält es deshalb für seine Pflicht, gegen die elende Bezahlung der Arbeiter, die Verwässerung des Publikums durch hohe Preise und dessen Benachteiligung durch schlechte Qualitäten ausdrücklich Einspruch zu erheben und wo, Ergreifung zu bitten, durch energische Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der Progreß der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie entgegenzusetzen zu wollen. In dieser Maßnahme dürfte auch die Beseitigung der von militärischer Seite den Unternehmern gegebenen Garantie der Abnahme ihrer Erzeugnisse und die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Mindestlohnes für Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

## Unternehmerverbände und Neuorientierung.

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die dieser Tage in Berlin abgehalten wurde, hat zwei Entschlüsse angenommen, die zu der Forderung der Arbeitskammern und der Streikung des § 153 der Gewerbeordnung Stellung nehmen. Die erstere sagt in ihrem entscheidenden Teile: „Wenngleich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß durch die geplante Errichtung von Arbeitskammern das allseitig erstrebte Ziel der Förderung des wirtschaftlichen Friedens nicht erreicht, sondern im Gegenteil direkt gefährdet wird, stellt diese Vereinigung doch ihre Mitarbeit bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Verfügung.“ — Die zweite geht dahin: „Die Vereinigung ist entschieden gegen die Aufhebung des § 153 der G.O. ohne gleichzeitige Veränderung der allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen. Gerade die Streikauflösungen der jüngsten Zeit sollten überzeugen, daß viel eher eine Verschärfung des schon jetzt als genügend erwiessenen Schutzes gegen den Streikterrorisismus notwendig ist, als der in Aussicht gestellte Wegfall dieser Schutzvorschrift, der nur eine weitere Verwilderung der Wirtschaftskämpfe zur sicheren Folge haben muß.“

Die Unternehmer haben nichts gelernt und nicht vergessen und schon deshalb kann ihre Entschlüsse gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung nicht wundernehmen. Sie brauchen das Märchen von den Streikauflösungen und dem Streikterrorisismus der Arbeiter um ihre eigenen schamhaften Reaktionen gegenüber der Allgemeinheit zu verdecken.

Die bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bestehende Zentralstelle der deutschen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise nahm in ihrer von Dr. Stenale geleiteten Mitgliederversammlung Stellung zu der Frage der Durchführung der Kriegsteilnahme zur industriellen Beschäftigung und zu dem vom Kriegsamt aufzustellenden Demobilisierungsplan. Es wurde nach einem Bericht von Dr. Flechner-Stetlin verlangt, daß die Demobilisierung im Einklang mit den Forderungen des Wirtschaftslebens vorzunehmen ist, daß insbesondere die Entlassung des Kriegsteilnehmers nach seinem letzten Beschäftigungsort erfolgen, und daß der frühere Arbeitgeber bei der Entlassung nach jeder Hinsicht bevorzugt werden müsse. An den Zentralstellen erklärten sich die Arbeitgeberverbände auf Vorschlag von Dr. Hinkel-Verlin bereit, bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen mitzuarbeiten. Aus dem Berichte von Claus-Hannover ging die Bedeutung der Arbeitgeberernachweise während des Krieges und deren Notwendigkeit für die zu erwartenden umfangreichen Arbeiten bei Ueberführung der Kriegsteilnehmer hervor. Aus diesen Gründen wurde die weitere organisatorische Ausgestaltung der Zentralstelle für Arbeitgeberernachweise den Vorschlägen von Dr. Tändler entsprechend beschlossen.

## Die Wohnungsfrage und die Gewerkschaften.

In der am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Gemeindefördererverbandes behandelte Genosse Silberstein in einem inhaltreichen Vortrage die Wohnungsfrage. Er ging davon aus, daß es eine der wichtigsten Aufgaben Deutschlands ist, seine durch den Krieg erheblich geschwächte Volkskraft wieder zu stärken, sowohl hinsichtlich der Zahl der Bevölkerung, so wie bezüglich ihrer Gesundheit und Arbeitskraft. Eines von den Mitteln, die zu diesem Zweck angewandt werden müssen, ist die Sorge für gute und preiswerte Wohnungen für Arbeiter und Angestellte. Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege hat die Herstellung von Kleinwohnungen den Bedarf nicht gedeckt. Während des Krieges ist dies Verhältnis noch ärger geworden. Nach dem Kriege aber wird — wenn nicht rechtzeitig geeignete Maßnahmen getroffen werden, eine Wohnungsnot eintreten, wie sie noch nie dagewesen ist. Tausende von Kriegervätern, die ihre eigene Wohnung aufgegeben hatten, werden nach der Rückkehr des Mannes wieder eine solche haben wollen. Da während des Krieges viele Uebelschickungen verstanden sind, so wird deren Zahl und damit die Nachfrage nach Wohnungen steigen. Nach sachmäßigem Urteil muß für Deutschland mit einem Fehlbetrag von 750 000 Wohnungen gerechnet werden. Allein in den 46 Gemeinden Groß-Berlins werden nach dem Kriege 40 000 Wohnungen erforderlich sein, um den dringenden Bedarf zu befriedigen. Da die private Bauwirtschaft und Wohnungsgesellschaft ausschließlich als Geschäft betrieben wird, welches guten Profit abwerfen soll, so ist von ihr nicht zu erwarten, daß sie den Bedarf an Wohnungen in kurzer Zeit deckt. Der Redner bezog sich auf die Forderungen, welche die Generalkommission in ihrer Eingabe an die Reichsregierung in der Wohnungsfrage vertritt. Um diese Frage zu lösen, muß die private Bauwirtschaft, die ja den größten Teil der Wohnungproduktion stellt, nach Möglichkeit gefördert werden. Staat und Gemeinden müssen Bauland für gemeinnützigen Wohnungsbau wo möglich unentgeltlich hergeben. Arbeiterwohnkolonien müssen da angelegt werden, wo gute Verkehrsverbindungen mit dem Arbeitsort vorhanden sind oder eingerichtet werden können. Öffentliche Geldmittel müssen dem gemeinnützigen, namentlich dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Sehr wichtig ist, daß zeitigen für die Beschaffung von Baumaterial gesorgt wird.

Die Gewerkschaften sind bereit, nach Kräften mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Daraus folgt, daß sie auch der Lösung der Wohnungsfrage ihre Tätigkeit zu widmen haben. Es handelt sich um die Herstellung von gesundheitlich einwandfreien Wohnungen, die zu einem für Arbeiter erschwinglichen Mietpreise zu haben sind. Die positive Mitarbeit der Gewerkschaftler — besonders in den Gemeindefördererverbänden — muß darauf gerichtet sein, daß das Wohnungsproblem in dem angebotenen Sinne gelöst wird. Auch können die Gewerkschaftler durch positive Anteilnahme an der Herstellung von Arbeiterwohnungen mitwirken in gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften.

## Urabstimmung im Verband der Lithographen und Steindruckere.

Hauptvorstand, Aufsicht und die Gewerkschaften haben gemeinschaftlich die Ausschreibung einer Urabstimmung beschlossen. Die zur Urabstimmung stehende Frage lautet:

Stimmen Sie für Beitragserhöhung ab 1. April 1918 von wöchentlich 20 Pf. für Mitglieder, die 1,30 M., 1 M. oder 60 Pf. zahlen; von 10 Pf. für solche Mitglieder, die 80 Pf., 45 Pf. oder 40 Pf. zahlen, zur Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit und Einführung der vollen tarifmäßigen Rechte, Arbeitsstätten, Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes vom 1. Juli 1918 ab?

Nur Veränderung dieser Maßnahmen hat der Vorstandsvorstand den Mitgliedern ein auffällendes Flugblatt zugehen lassen. In diesem wird ihnen vor Augen geführt, welche Krise der Verband bei Kriegsausbruch durchgemacht hätte, wie sie gleich schwer keine andere Gewerkschaft zu erleben brauchte. Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und Entzug der Beiträge zahlenden Mitglieder durch Einziehung zum Militär mußte sich der Vorstandsvorstand auf die Durchführung einer Kostenschnittmaßnahme beschränken. Während der Kriegszeit war es möglich, dreimal die Unterhaltungen in aufbauendem Sinne zu verbessern, so daß jetzt Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankheitsunterstützung zu Dreivierteln der tarifmäßigen Wochenlöhne ausgezahlt wird und Sterbegeld zur Hälfte. Die Wiedereinführung des vollen Statuts mußte zurückgestellt werden, um mit äußerster Sparsamkeit Mittel für die Zeit nach dem Kriege zurückzuliegen. Ein Verlangen der gewerkschaftlichen Tätigkeit nach Friedensschluß würde das Vertrauen der Mitglieder zum Verband erschüttern. Um aber auch unvorhergesehenen Ereignissen die Spitze bieten zu können, soll vom 1. April ab der Wochenbeitrag um 20 Pfennig (für Vollmitglieder dann auf 1,50 M.) erhöht werden und die vollen gewerkschaftlichen Unterhaltungen (bis 180 M.) je nach der Dauer der Mitgliedschaft) und das volle Sterbegeld (bis 100 M.) wieder zur Auszahlung gelangen. In der Hauptidee aber sollen durch diese Beitragserhöhung genügende Mittel für die gewerkschaftliche Tätigkeit nach dem Kriege aufgesammelt werden, um einen Lohnsturz zu verhindern. Die Urabstimmung soll in allen Städten bis zum 1. April erfolgen sein; es wird bestimmt mit der Annahme des Vorstandsantrages gerechnet.

# Soziales.

## Teuerungszulagen für Rassenangehörige.

Beim preussischen Handelsminister ist Klage darüber geführt worden, daß manche Krankenkassen sich bisher nicht haben bereit finden lassen, ihren Angestellten Teuerungszulagen zu bewilligen, die der gegenwärtigen Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse entsprechen. Der Minister erlaubt daher die Ueberweisung von Zulagen, auf diejenigen Krankenkassen, bei denen die Dienstbesitzer der Angestellten im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, erneut dahin einzuwirken, daß sie durch Gewährung angemessener Teuerungszulagen der schwierigen wirtschaftlichen Lage ihrer Angestellten Rechnung tragen.

## Zwang zur Erhöhung der Grundlöhne bei den Krankenkassen.

Durch die Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 fand der § 180 der Reichsversicherungsordnung eine Veränderung dahin, daß die „Grundlöhne“, nach denen die baren Leistungen und die Beiträge der Krankenkassen zu bemessen sind, erhöht werden, und zwar bei den Kassen, welche die Versicherten nach Berufs-, Standes- oder Altersklassen einteilen, auf 8 M., und bei denjenigen, die Lohnstufen haben, auf 10 M. Sehr viele Krankenkassen, namentlich die kleinen Betriebs- und Jungvolkrentenkassen, haben bislang keine Anstalten getroffen, sich der veränderten Sachlage anzupassen. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen hat daher dem Reichswirtschaftsamt über dessen Auffassung angefragt. Die oben eingetragene Antwort geht dahin, daß die Kassen gestungen sind, eine entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen. Unter der Herrschaft des Krankenversicherungsgesetzes sei es Pflicht der Kassen gewesen, die feinerartige Höchstgrenze von 4 M. anzunehmen. Die Entstehungsgeschichte des § 180 der Reichsversicherungsordnung ergebe, daß bei der Abfassung seines ersten Entwurfs auf keiner Seite die Absicht bestanden habe, Änderungen einzutreten zu lassen. Auch die Bundesratsverordnung hat lediglich die Höchstgrenzen von 6 und 8 auf 8 und 10 M. gesetzt. Die Darlegung des Reichswirtschaftsamts kommt zu dem Ergebnis, daß infolge des Vorlautes des § 180 die Kassen, welche die Versicherten nach Berufs-, Alters- usw. Klassen einteilen, unter allen Umständen die Höchstgrenze von 8 M. einhalten müssen. Für die Kassen mit Lohnstufen solle allerdings eine Vorchrift, die eine solche Verpflichtung ausdrückt, keineswegs sein, aber der Wille des Gesetzes sei, daß sie anders gestellt und behandelt werden sollen wie die erstgedachten Kassen. Hieraus ergebe sich, daß auch sie bis zu 8 M. Grundlöhne gehen müssen, darüber aber hinaus bis zu 10 M. gehen können.

Es ist bedauerlich, daß es noch Kassen gibt, die auf diese Weise zur Hinaussetzung bis zu dem Satze von 10 M. angezogen werden müssen. Die Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 sieht leider keine Frist vor, innerhalb welcher die Änderung vorgenommen werden muß. Die Aufsichtsbehörden (Versicherungsämter) haben aber die Pflicht, die Kassen zu den nötigen Satzungsänderungen anzuhalten.

## Wodurch die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gefährdet wird.

Ein Unternehmer des Papiermachersgewerbes hat das Mittel entdeckt, durch das die Sittlichkeit der Arbeiterinnen gehoben werden kann. Es ist dies: Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich.

Unter der Ueberschrift „Frauenarbeit in Papierfabriken“ schreibt ein „M. G.“ gezeichneter Unternehmer im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ u. a. folgendes:

„Die meisten Papierfabriken liegen in Berücksichtigung der Wasserkräfte wie auch namentlich des Fabrikationswandlers mehr oder minder weit abseits von Städten und größeren Ortschaften, so daß die Arbeiter gezwungen sind, größere Wegstrecken bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen. Die weiblichen Arbeitskräfte müssen nun, da sie nur mehr acht Stunden beschäftigt werden dürfen, mitten in der Nacht die Wegstrecken zu und von der Fabrik zurücklegen, oder vielmehr mit primitiver Schlafgelegenheit sich zufrieden geben. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte doch von allen Seiten an die königliche Regierung herangetreten werden, daß durch die Erlaubniserteilung zur zwölf- bzw. schichtmäßigen Arbeitszeit diesen Zuständen vorgebeugt wird. Denn es dürfte ohne Zweifel sowohl gesundheitlich als auch sittlich mit Gefahren verbunden sein, wenn mitten in der Nacht die weiblichen Arbeiterinnen oft stundenlang wandern müssen, selbst wenn sie gemeinschaftlich einen Teil des Weges zurücklegen, was aber auch nicht immer zu ermöglichen ist.“

Hinter diesen Worten der Sorge für das gesundheitliche und sittliche Wohlergehen der Arbeiterinnen verbirgt sich nur schlecht das Profitinteresse des Arbeitgebers. Es ist elende Heuchelei, die sich hier breit macht, die um so widerlicher wirkt, als die Kriegszeit die schweren Schäden der langen Arbeitszeit so offensichtlich hat werden lassen, daß sie auch einem Unternehmer hätte klar werden können. Vor kurzem erst hat der Reichskanzler größeren Schutz für die in der Nacht arbeitenden Arbeiterinnen den Gewerbeaufsichtsberechnungen nahelegen lassen. (Siehe „Vorwärts“, Nr. 64.) Pünktlich reagiert das bedrohte Profitinteresse darauf.

Die Arbeiterinnen sollten mehr wie bisher bestrebt sein, durch den Anschluß an ihre Berufsorganisation sich einen Schutz zu schaffen, der ihnen Sicherheit dafür bietet, daß die Verwirklichung der Ansichten, wie sie im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ vertreten werden, unmöglich ist.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kuttner, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2. (Eigent. 2. Verleger und Vertriebsmittler.)

# Riesen-Erfolge



wie wir uns ihrer rühmen können, werden nur durch Riesenanstrengungen erzielt. Das, sowie gründliche Sachkenntnis in Bezug auf Damenkleidung machen es uns möglich, Sie auch heute noch — im Rahmen des Erlaubten — zufrieden zu stellen.

Rönigstr. 33  
Die Damen-Abteilung  
Chausseest. 113  
Die Damen-Abteilung  
Sonntags geschlossen!